

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

**HILFE!
MEHR ZEIT
FÜR PFLEGE!**

MEHR
ZEIT
UR WUNSCH +
WAHRHEIT
PFLEGE
bewegt sich ..

CARITAS HEUTE: Arbeitgeber Caritas
Über die Grundordnung des kirchlichen Dienstes

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas





Liebe Leserin, lieber Leser,

gern hätten wir die Sichtweise der Krankenkassen zur Situation in der ambulanten Pflege in dieses Heft aufgenommen. Schließlich sitzen die Kassen als Kostenträger bei den sogenannten Pflegesatzverhandlungen den Wohlfahrtsverbänden als Leistungserbringern gegenüber. Wir hatten daher den Verhandlungsführer der AOK Nordwest eingeladen, Stellung zu nehmen zu den Thesen, auf die von Caritas-Seite Eric Lanzrath (s. S. 8ff.) antwortet. Doch leider haben wir eine Absage erhalten. Begründung: Während laufender Verhandlungen äußere man sich nicht öffentlich.

Anders auf Facebook: Dort hatte die Ruhr Caritas einige Krankenkassen mit den Problemen konfrontiert. Die antworteten, wenn auch – facebooktypisch – kurz und oberflächlich: „Wir werden auch bei diesen anstehenden Verhandlungen versuchen, angemessene Pflegesätze zu vereinbaren“, schreibt beispielsweise die IKK classic. Die AOK Rheinland/Hamburg schrieb der Caritas, sie sei „ebenfalls der Ansicht, dass der Pflegeberuf gesellschaftlich und finanziell mehr gewürdigt werden muss“. Da fragt man sich, was die Krankenkassen gerade mit den angehäuften Milliardenüberschüssen zu tun beab-

sichtigen. In die Pflege ihrer Versicherten fließen die jedenfalls nicht.

Ein Beispiel aus der Praxis der Pflegedienste: Für das Anziehen von Kompressionsstrümpfen, die Gabe von Medikamenten und das Verabreichen von Augentropfen darf eine Pflegekraft nicht mehr als ca. zehn Minuten Zeit aufwenden. Dabei sind die Anfahrt, umfassende Schreibarbeiten und die Organisation des Einsatzes inbegriffen. Der Pflegedienst kann für diese Leistung 9,12 Euro mit der Krankenkasse abrechnen (Leistungsgruppe 1 nach SGB-V-Vertrag).

Und so hetzen sie durch die Städte und über das Land, unsere Pflegekräfte. Nicht selten müssen in einer vierstündigen Pflegedienst-Tour 16 Menschen versorgt werden, vor zehn Jahren waren es noch zwei bis drei Menschen weniger. Zudem sind heute immer mehr Menschen demenziell erkrankt und brauchen eine besondere Ansprache und deutlich mehr Zeit. Deswegen: Hilfe! Mehr Zeit für Pflege!

Ihr

Markus Lahrmann



Markus Lahrmann
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis



Schwerpunkt

„Billig will ich?“ 4
Wer wünscht sich Discount-Mentalität in der ambulanten Pflege?

Nicht akzeptabel 8
Fünf Thesen zur Situation und Zukunft der häuslichen Krankenpflege

Streng getaktet 12
Auf Dienstfahrt mit einer ambulanten Altenpflegerin

Schöne Worte sind zu wenig 15
Praxis eines ambulanten Pflegedienstes



Porträt

Arbeitsplatz Caritas 16
Schemsi, Caritas-Sozialstation Lippstadt



heute

Arbeitgeber Caritas 18
Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes, Interview mit Heinz-Josef Kessmann

Ausgebombt und gefoltert 24
Caritas international hilft syrischen Flüchtlingen



Bistumsspiegel

Aachen 26
Essen 30
Köln 36

Münster 40
Paderborn 46



Infothek

Neue Bücher 50
Impressum 21

Foto Titelbild:
Caritasverband
Paderborn,
Karl-Martin Flüter



„Billig will ich?“

Wer wünscht sich Discount-Mentalität in der ambulanten Pflege?

Von Andreas Wittrahm

Frust und Ärger in der ambulanten Pflege haben erheblich zugenommen. Die Kosten der ambulanten Dienste sind in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen, die Vergütungen der Leistungen durch die Krankenkassen jedoch nicht. Worum geht es? Welchen Stellenwert hat die ambulante Pflege innerhalb der Gesellschaft? Und wie wird der Bedarf der zu Pflegenden in Zukunft gedeckt werden?

Ohne gute ambulante Pflege geht es nicht – nicht heute und nicht in der Zukunft. Pflegebedürftige Menschen möchten in der eigenen Häuslichkeit bleiben. In den überwiegenden Fällen ist das eigene Zuhause auch die beste Umgebung – wenn die Versorgung und Pflege gesichert sind. Diese leisten bis heute immer noch überwiegend die Angehörigen. Aber das wird nicht so bleiben: Während die Zahl der Pflegebedürftigen insgesamt in den vergangenen zehn Jahren (2001 bis 2011) um 23 Prozent stieg, wuchs die Gruppe der ausschließlich durch Angehörige gepflegten Frauen und Männer nur um 18 Prozent. Entsprechend erhöhte sich die Zahl derer, die ambulante Pflege in Anspruch nahmen, im gleichen Zeitraum um ein Drittel.

Die enorme Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte legt nahe, dass Angehörige, wenn es sie überhaupt noch gibt, künftig viel weniger pflegen werden, weil sie nicht in der Nähe leben und aufgrund ihrer Berufstätigkeit keine Freiräume mehr haben. Die Zahl der Pflegebedürftigen aber wird deutlich zunehmen (bis 2020 voraussichtlich erneut um 20 Prozent auf dann ca. 3 Mio.) und damit der Bedarf an professioneller häuslicher Pflege. Folglich wird auch der Anteil der Pflegekosten am Sozialprodukt massiv zunehmen – es sei denn, man versucht, Pflege zu industrialisieren.

Pflege lässt sich aber nicht rationalisieren, denn es geht um mehr als die Verrichtung von Handgriffen zur Sicherung von Körperhygiene, medizinische Verrichtungen und Ernährung. Zumindest wenn das Leben unseren Vorstellungen von Humanität und Würde entsprechen soll. Pflege ist Begegnung und Kommunikation. Pflegebedürftige Menschen im hohen Alter sind darauf angewiesen, dass die Pflegenden sich in ihr Erleben einfühlen und darauf angemessen antworten können. Dass

sie ihnen mit der täglichen selbstverständlichen Unterstützung Wertschätzung vermitteln. Wer alte Menschen angemessen pflegen will, muss in seinem Tun vermitteln können, dass er diese nicht als ständige Belastung, als Last betrachtet. Vielmehr bringt der Pflegenden die Kompetenz und die Möglichkeit mit, sich dem Bedürftigen als Nächstem zuzuwenden, seine Nöte zu erkennen und ihm zu geben, was er braucht – nicht mehr, aber auch nicht weniger. In der Begegnung mit hochaltrigen, besonders mit dementen Menschen sind Eile und Hektik Gift. Pflege braucht einen langen Atem, keine Kurzatmigkeit.

Die (ambulante) Pflege benötigt also Menschen, die etwas wollen und etwas können – und etwas kosten. Pflege vor Ort braucht Mitarbeiter(innen), die Respekt vor den pflegebedürftigen alten Menschen, ihrer Lage und ihrer Lebensleistung aufbringen können. Daneben müssen sie Angehörige, soweit noch vorhanden, entlasten und anleiten. Nicht ohne Grund stimmen die Fachleute angesichts dieser Ansprüche weitgehend darin überein, dass ein erheblicher Anteil der Pflege künftig von Menschen mit Hochschulabschluss zu leisten ist. Pflege-Anbieter konkurrieren also um junge Frauen und Männer mit Allgemein- und Herzensbildung, mit Beobachtungsgabe und feinmotorischem Geschick, mit Organisations- und Kommunikationstalent, mit Belastbarkeit und der Fähigkeit, ihre Belastungen nicht an den Pflegebedürftigen auszulassen. Um solche Fachkräfte zu gewinnen und zu binden, bedarf es eines angemessenen Gehaltes und guter Arbeitsbedingungen. Dazu gehören ausreichend Zeit, sich um den Leib und die Seele der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen zu kümmern, und Unterstützung für die Pflegenden mit Fortbildung und Supervision. Gesellschaftliche Anerkennung gehört ebenfalls dazu, öffentliche Aufmerksamkeit nicht nur dann, wenn etwas schiefgeht. Pflege ist eine qualifizierte Dienstleistung, die ihren Preis hat.

Wer in diesen Tagen für die Freie Wohlfahrtspflege mit den Kranken- und Pflegekassen verhandelt, gewinnt den Eindruck, er bewege sich in einer anderen Realität als die Kostenträger. Die zuletzt angebotenen Stundenvergütungen für die neuen zeitbezogenen Pflegeleistungen reichen kaum aus, den Mitarbeiter(inne)n ein Taschengeld zu zahlen. Weisen die Träger der Pflegedienste auf die tariflich vereinbarten Vergütungen hin,



Dr. Andreas Wittrahm ist Bereichsleiter Facharbeit und Sozialpolitik beim Caritasverband für das Bistum Aachen und Honorarprofessor für Psychologie an der Katholischen Hochschule NRW, Abt. Köln.

erhalten sie den Hinweis, sie sollten ihre Erlössituation durch weitere Rationalisierungen, d. h. durch quantitative Erhöhung der Pflegeleistungen pro Zeiteinheit, optimieren. Wer erwartet, dass sich Kostenträger als Sachwalter der Interessen der Versicherten und Steuerzahler gemeinsam mit den Anbietern um faire Bedingungen zur guten Realisierung der gesetzlich zugesicherten Pflegeleistungen bemühen, wird enttäuscht. Der Preis – bzw. seine Deckelung oder gar Reduzierung – scheint das einzig gültige Kriterium. Es ist kaum vorstellbar, dass die Kostenträger böswillig eine derart preisfixierte Verhandlungsstrategie verfolgen. Sie handeln im Einklang mit einer gesellschaftlichen Grundstimmung, die den Niedrigpreis zum obersten Gebot erklärt. Zugleich geben sich die Versicherten – und das sind wir alle – ebenso wie die politisch

Verantwortlichen überrascht, wenn die Qualität nicht mehr stimmen kann und die Pflegenden mit ihrer Kraft am Ende sind. Der Bedarf an guter Pflege wird unabdingbar steigen. Gute Pflege bedarf guter Qualifikation, ausreichend Zeit und Pflege der Pflegenden. Das wird den gesamtgesellschaftlichen Aufwand deutlich erhöhen. Jeder Bürger wird seinen Beitrag dazu leisten müssen, unabhängig von der Art des Finanzierungssystems. Es ist Zeit, dies den Menschen deutlich zu sagen und politisch für die entsprechenden Einnahmen zu sorgen. Es ist notwendig, dass die Versicherten ihren Versicherungen klarmachen, dass sie Qualität der Pflege wünschen und dafür zu zahlen bereit sind. Jetzt ist gerade noch Zeit, in der ambulanten Pflege umzusteuern – hin zu mehr Zeit für eine Pflege von Mensch zu Mensch. ◀



Foto: KNA-Bild

HILFE!

**MEHR ZEIT
FÜR PFLEGE!**

**AMBULANTE PFLEGE BRAUCHT
> MEHR ZEIT FÜR MENSCHEN UND
> EINE ANGEMESSENE VERGÜTUNG!**



Hilfe!

Mehr Zeit für Pflege! – Die Kampagne

Die Qualität der ambulanten Pflege in Deutschland ist bedroht. Unsere Pflegekräfte können sich für ihre Patientinnen und Patienten kaum mehr die eigentlich nötige Zeit nehmen. Denn während alles andere deutlich teurer geworden ist, haben die Krankenkassen die Vergütungssätze für die ambulante Pflege in den letzten zehn Jahren nur minimal erhöht. Kostensteigerungen durch höhere Löhne und Sachkosten können von den Pflegediensten schon längst nicht mehr aufgefangen werden. Auch der bürokratische Aufwand verschlingt immer mehr wertvolle Zeit. Die Folge: Der zeitliche Druck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigt ständig.

Zeitdruck geht zulasten der Menschen

Nicht selten müssen in einer vierstündigen Pflegedienst-Tour 16 und mehr Menschen versorgt werden, vor zehn Jahren waren es noch zwei bis drei Menschen weniger. Nur ein Beispiel: Für das Setzen einer Insulinspritze und einen Verbandswechsel hat eine Pflegekraft gerade einmal zwölf Minuten Zeit, Anfahrt und Dokumentations- und Schreibarbeiten inbegriffen. Den steigenden Druck spüren auch die Patientinnen und Patienten. Sie haben das Gefühl, dass die Pflegekraft schon wieder weg ist, bevor sie richtig bei ihnen angekommen ist, dass sie mehr Zeit mit Formularen verbringt als mit ihnen. Für individuelle Bedürfnisse bleibt immer weniger Zeit. Außerdem fallen überlastete Pflegekräfte immer wieder aus, wodurch die vertraute Pflegekraft durch eine fremde ersetzt werden muss.

NRW braucht die Freie Wohlfahrtspflege

Die meisten Menschen möchten auch dann zu Hause bleiben, wenn sie pflegebedürftig werden. Pflegedienste machen das möglich. In Nordrhein-Westfalen gehören rund 930 ambulante Pflegedienste zur Freien Wohlfahrtspflege. Sie versorgen fast die Hälfte der Pflegebedürftigen des Landes – das sind 118 500 Menschen. Doch die Pflegedienste sind auf eine auskömmliche Vergütung der Pflegeleistungen angewiesen. Nur dann können sie genügend Mitarbeiter(innen) beschäftigen und diese angemessen bezahlen. Und nur dann haben sie die Zeit für ihre Patientinnen und Patienten, die nötig ist. So viel sollten pflegebedürftige Menschen unserer Gesellschaft wert sein!

Wir fordern:

**Reale Kostensteigerung (2002-2012): 20 Prozent
Anhebung der Vergütung in der ambulanten Pflege (2002-2012): 7 Prozent**

► **Wir fordern mehr Zeit für Menschen und eine Anhebung der Vergütung der Leistungen durch die Kassen um 13 Prozent!** ◀

Sie können diese Karte ausschneiden, auf Karton kleben und absenden.

Kampagnen-Website: www.hilfe-fuer-pflege.de

Mehr Informationen: Monika van Vlodrop, Caritasverband für das Bistum Aachen, Kapitelstr. 3, 52066 Aachen, 02 41 / 4 31-2 25, mvvlodrop@caritas-ac.de
Zentrales Aktionsbüro: c/o Diakonie RWL, Lenaustr. 41, 40470 Düsseldorf, 02 11 / 63 98-2 14, info@hilfe-fuer-pflege.de

Bitte freimachen
oder bei Ihrem
Pflegedienst
abgeben

Freie Wohlfahrtspflege NRW
c/o Der Paritätische NRW
Loher Straße 7
42283 Wuppertal

Um weiterhin gute Arbeit leisten zu können, brauchen die ambulanten Pflegedienste von den Krankenkassen eine angemessene Vergütung. Denn Geld ist Zeit – und die kommt den Patientinnen und Patienten zugute.

Ihre Stimme & Unterschrift hilft uns zu helfen.

Name, Vorname

Ort, Datum, Unterschrift

Weitere Infos auf:

» www.hilfe-fuer-pflege.de

Manchmal wundere ich mich, dass sie noch antreten ...

„Manchmal wundere ich mich, dass sie morgens noch zum Dienst antreten.“ Die Aussage eines Altenhilfe-Verantwortlichen aus einem örtlichen Caritasverband geht mir immer noch nach. Mit „sie“ sind seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ambulanten und stationären Pflege gemeint. Mit „manchmal“ die Tage, an denen am Vorabend in den Medien wieder auf die Pflege im Allgemeinen oder auf die Mitarbeiter im Besonderen eingedroschen wird.

Beispiele? Die nationale Antifolterkommission will unbedingt auch Pflegeheime kontrollieren und verlangt dafür mehr Stellen und mehr Geld. Nichts gegen notwendige Transparenz im Pflegealltag, aber der Begriff „Folter“ suggeriert Schreckliches. Um nicht falsch verstanden zu werden: Gewalt hat in der Pflege nichts zu suchen und darf niemals toleriert werden. Altenheime aber generell unter Folterverdacht zu stellen ist eine Diffamierung aller Einrichtungen und Dienste.

Hart am Rande einer Diffamierung schrammte auch das WDR-Magazin Westpol am 10. Februar vorbei. „Denn eines ist klar“, beschloss der Moderator einen Beitrag, „in kirchlichen Einrichtungen arbeiten derzeit nicht unbedingt die besten Mitarbeiter – sondern die, die der Kirche passen ...“ Wie wirken solche Sätze auf Menschen, die sich am nächsten Morgen wieder Schwerstpflegebedürftigen in einem Altenheim zuwenden? Auf Menschen, die sich als Mitarbeiterinnen eines ambulanten Caritas-Pflegedienstes in den Berufsverkehr stürzen oder auf stockdunklen Feldwegen unterwegs sind, damit Patienten zu Hause lebenswichtiges Insulin erhalten oder auch nur den morgendlichen Toilettengang erledigen können? Die „Angepassten“ und „Mittelmäßigen“ riskieren für ihren Job manchmal sogar ihr Leben. Ich fahre häufig an einer Stelle vorbei, an der eine Mitarbeiterin einer Caritas-Sozialstation auf eisglatter Straße tödlich verunglückte.

Überhaupt der Pflegeberuf. Pflegen – kann das nicht jeder? Neulich habe ich einen alten Werbefilm aus den 50er-Jahren gesehen: Statt Fabrikarbeit sollten sich damals junge Mädchen für die Pflege entscheiden. Die Be-

gründung: „Du bist zu etwas Höherem berufen.“ Und heute? Wenn eine Drogeriemarkt-Kette pleitegeht oder es zu viele Stahlwerke gibt, kommt aus der Politik der Tipp für die von Arbeitslosigkeit Bedrohten: Geht doch in die Pflege!

Das Image der Pflege in dieser Gesellschaft ist eng mit der Frage gekoppelt, was dieser Gesellschaft eine menschenwürdige Pflege, insbesondere im ambulanten Bereich, wert ist. Wenn man letztlich jeden auf die Pflegetour schicken kann, dann ist es natürlich logisch, was die Kassen für diese Leistungen zu zahlen bereit sind. Jede Autowerkstatt würde mit diesen Sätzen in Windeseile pleitegehen. Träger, die wie die Caritas ihre Pflegekräfte nach Tariflohn bezahlen wollen, müssen betriebswirtschaftliche Klimmzüge hinlegen, um rote Zahlen zu vermeiden. Viele Dienste stehen so am wirtschaftlichen Limit.

In manchen Dörfern Ostwestfalens oder des Sauerlandes ist die Caritas der letzte verbliebene Pflegedienst. Wie lange das noch wirtschaftlich gut geht? Ich weiß es nicht. Aber immerhin ist jeder Pflegehandgriff auf Verlangen der Kassen gut dokumentiert. Darin sind wir wirklich spitze in Deutschland.

Und die Politik? Alle Versuche, das Pflege Thema zu einem „Megathema“ in unserer alternden Gesellschaft zu machen, sind bislang fehlgeschlagen. So kratzte jede Pflegereform bislang nur an der Oberfläche: hier ein paar Euro mehr für Demenzkranke, da eine Auszeit für Berufstätige, die ihre alten Eltern pflegen wollen (was sich bekanntlich als Flop erwies). Bei der ambulanten Pflege ist der Politik bislang nichts eingefallen. Dabei soll „ambulant vor stationär“ gelten. Wie das gehen soll, wenn man den Diensten nicht mal steigende Spritkosten bezahlt, bleibt ein Rätsel.

Wann versteht Politik endlich, dass es beim Thema Pflege in wenigen Jahren richtig eng wird. Denn die Frage ist nicht mehr allein, wie eine menschenwürdige Pflege aussehen soll und was sie kosten darf. Die Frage ist längst: Wer soll uns einmal pflegen? Ich treffe immer mehr Trägervertreter, die darauf keine eindeutige Antwort mehr haben.



Josef Lüttig ist Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Paderborn und Mitherausgeber von „Caritas in NRW“.



HILFE!
MEHR ZEIT
FÜR PFLEGE!

Nicht akzeptabel

Fünf Thesen zur aktuellen Situation und zur Zukunft der häuslichen Krankenpflege

Von Eric Lanzrath

- 1. Die Vergütungen in der häuslichen Krankenpflege sind nicht mehr akzeptabel. Die angemessene Honorierung der Pflegekräfte wird zunehmend unmöglich, weil die Refinanzierung durch die Kassen nicht reicht. Tariflohnsteigerungen (AVR-Caritas) und höhere Betriebskosten („teures Benzin“) werden von den Kassen nicht anerkannt.**

In den letzten Jahren ist die Schere zwischen der Lohnentwicklung und den Preisen, die mit den Krankenkassen verhandelt werden können, immer weiter auseinandergegangen. Während Lohn- und Sachkosten in den letzten 15 Jahren in unseren Diensten um über 27 Prozent gestiegen sind, konnten für die häusliche Krankenpflege gerade einmal knapp sieben Prozent an Preissteigerungen verhandelt werden.

Die Folge ist eine immer stärkere Arbeitsverdichtung, die sich in immer engeren Pflegezeiten niederschlägt. Tarifbindungen interessieren dabei überhaupt nicht. Die Krankenkassen verweisen darauf, dass private Anbieter, die aber oftmals nicht tarifgebunden sind, zu den gleichen Preisen arbeiten. Demnach müsse man auch der Caritas nicht mehr zahlen.

Das ist kurzsichtig und umso fragwürdiger, als gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas mit ihren Lohnsteigerungen über Jahre hinweg zu höheren Krankenkasseneinnahmen beigetragen haben.

Die Kassen profitieren von einer angemessenen Lohnentwicklung im Bereich der Pflege. Jeder Prozentpunkt Lohnerhöhung führt zu steigenden Krankenkasseneinnahmen. Wenn es aber darum geht, dass die Leistungen der Pflegekräfte angemessen bezahlt werden, interessiert dieser Zusammenhang nicht mehr.

Man kann nicht einerseits für eine angemessene Entlohnung von Pflegekräften eintreten, die eine anspruchsvolle und wichtige Arbeit leisten, und andererseits ihre Leistungen nicht honorieren.

- 2. Die Pflegekräfte sind zu einer Pflege im Minutentakt gezwungen, um die Wirtschaftlichkeit des**



Pflegedienstes nicht zu gefährden. Die Patienten brauchen jedoch mehr menschliche Zuwendung, die Zeit kostet, aber nicht honoriert wird.

Wenn die Vergütung in der Pflege nicht mit der Lohnentwicklung Schritt hält, hat ein Pflegedienst nur eine Möglichkeit: Er muss in der gleichen Zeit mehr Leistungen erbringen.

Über die letzten Jahre hinweg mussten die Caritas-Sozialstationen und andere tarifgebundene Pflegedienste so mit immer engeren Zeitvorgaben arbeiten, um die Wirtschaftlichkeit ihrer Dienste zu sichern. Das ist weder im Sinne der Caritas noch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege.

Das ist vor allem nicht im Sinne der Patientinnen und Patienten. Denn es bleibt in der Tat immer seltener Zeit, sich außerhalb der Pflege auch einmal wenige Minuten dem Patienten zuzuwenden, ein paar Worte zu wechseln. Der zeitliche Rahmen, um miteinander zu reden, bleibt so in der Regel auf den reinen Pflegeeinsatz beschränkt. Viele ältere Menschen wünschen sich hier mehr Zeit für sich und beklagen die „Pflege im Minutentakt“. Das sind alles Auswirkungen der Entwicklungen der letzten Jahre, die die Dienste zu immer schnellerem Arbeiten zwingen.



Eric Lanzrath ist Geschäftsführer der Gesellschaft für Pflegesatzverhandlungen caritativer Dienste und Einrichtungen in der Diözese Münster. Er verhandelt regelmäßig mit den Kassen.



*Mehrere Wochen lang protestierten im vergangenen Herbst im Kreis Paderborn Mitarbeiter(innen) von privaten Pflegediensten und Caritas-Sozialstationen gemeinsam gegen die Rahmenbedingungen in der ambulanten Pflege.
Foto: Caritasverband Paderborn, Karl-Martin Flüter*

3. Die Anforderungen an eine gute Pflege werden zunehmend höher, Dokumentations- und Nachweispflichten nehmen zu. Diese Arbeit muss – wenn sie vorgeschrieben ist – auch bezahlt werden.

Durch die viele Zeit, die mittlerweile für Bürokratie aufgewendet werden muss, verknüpft sich die Zeit in der Pflege zusätzlich. Das reicht von der Dokumentation der Pflegeleistungen vor Ort, Telefonaten mit Ärzten bis zu immer häufiger auftretenden Anforderungen von Unterlagen durch die Krankenkassen.

Viele Pflegedienste beklagen, dass Krankenkassen beispielsweise bei bestimmten Verordnungen von Krankenpflege fast regelmäßig Unterlagen aus der Pflegedokumentation anfordern. Die Krankenkassen machen die Genehmigung der Verordnung von der Übersendung dieser Unterlagen abhängig. Erfolgt sie nicht, wird die ärztliche Verordnung nicht genehmigt, und der Dienst kann die Leistungen nicht abrechnen.

Für die Übersendung dieser Unterlagen zahlt die Krankenkasse aber keinen Cent. Seit Jahren fordern die Pflegedienste, dass diese zusätzlichen Leistungen bezahlt werden. Wahrscheinlich würden auch weniger Unterlagen eingefordert werden, wenn diese Arbeit nicht einseitig unentgeltlich vom Pflegedienst zu leisten wä-

re. Aber von Seiten der Krankenkassen besteht hierzu keinerlei Bereitschaft.

Das Problem ohnehin schon knapper Zeitreserven wird durch überbordende bürokratische Anforderungen noch weiter verschärft.

4. Eine Grundversorgung mit ambulanten Pflegedienstleistungen muss auch für Menschen mit hohem Pflegeaufwand oder Pflegebedürftige in entlegenen ländlichen Gebieten gewährleistet sein. Die derzeitige Vergütungsstruktur lässt das nicht mehr zu.

Der Preis für eine Leistung in der häuslichen Krankenpflege ist unabhängig davon, ob ein Patient mit hohem oder geringem Zeitaufwand gepflegt werden muss. Auch der Wohnort des Patienten und damit die Entfernung zum Pflegedienst spielen keine Rolle.

Grundsätzlich wäre dagegen nichts einzuwenden, wenn die Vergütungen für die Pflegedienste insgesamt auskömmlich wären. Wenn aber knapp kalkuliert werden muss, kann das zum Problem werden.

Caritasdienste berichten, dass gerade Patienten mit hohem Zeitaufwand bei der Pflege oder einer weiten Anfahrtsstrecke zunehmend keine Pflegedienste mehr ▶



- ▶ finden. Oft heißt es dann, dass der entsprechende Pflegedienst keine Kapazitäten mehr freihabe. Auch wenn man privaten Pflegediensten keineswegs pauschal unterstellen kann, dass sie diese Patienten grundsätzlich ablehnen, fällt doch auf, dass die Versorgung in entlegenen Gemeinden und Bauerschaften häufig ausschließlich durch Dienste der Caritas oder anderer Wohlfahrtsverbände erfolgt.

Hier wächst auf Dauer die Gefahr, dass ganze Räume von einer funktionierenden pflegerischen Versorgung abgeschnitten werden, schlicht, weil sich ihre Versorgung nicht rechnet. Das darf nicht passieren. In Einzelfällen reagieren Kassen bereits mit Einzelabsprachen, um eine Versorgung sicherzustellen.

In einem funktionierenden System, das die Arbeit der Pflegenden und die Nöte der Patienten wertschätzt, dürften solche Fälle jedoch gar nicht erst aufkommen.

5. Wirtschaftlicher Druck ist kurzfristig, wenn schon mittelfristig Fachkräftemangel droht.

In der Tat wird hier kurzfristig agiert. Der Pflegeberuf ist ein wertvoller Beruf. Menschen ergreifen ihn, weil sie einen Sinn in ihrer Tätigkeit finden und weil sie in ihrer Arbeit erfahren, dass sie anderen Menschen helfen können. Diese qualifizierte Arbeit muss auch angemessen entlohnt werden.

Schlimm wäre es, wenn Pflegekräfte ihrem Beruf den Rücken kehrten, weil sie sich nicht mehr mit ihrer Tätigkeit identifizieren können, weil zunehmende Arbeitsverdichtung und mangelnde Anerkennung den Beruf unattraktiv machen.

Wir werden in den nächsten Jahren einen deutlichen Zuwachs an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pflege benötigen, um dem steigenden Pflegebedarf einer alternden Gesellschaft zu begegnen.

Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sicher sein, dass die Gesellschaft ihre Leistungen wertschätzt und anerkennt. Alles, was den Pflegeberuf attraktiv macht, nutzt der Gesellschaft, alles, was ihn unattraktiv macht, schadet ihr.

Eine alternde Gesellschaft erfordert mehr Pflege, und mehr Pflege erfordert auch mehr Geld. Hierüber muss sich die Gesellschaft klar werden, und hierzu muss sie „Ja“ sagen. Das sind wir sowohl den zu pflegenden Menschen als auch den Pflegekräften schuldig.

Wenn die Krankenkassen kurzfristig Geld sparen, indem sie den wirtschaftlichen Druck auf die Pflegedienste immer weiter erhöhen, müssen sie sich klar darüber sein, dass sie damit bereits mittelfristig ihren eigenen Versicherten schaden. Denn diese sind darauf angewiesen, dass auch in fünf oder zehn Jahren Menschen mit Überzeugung und Freude den Pflegeberuf ergreifen. ◀

Mit Demonstrationen in aller Öffentlichkeit machen die Pflegedienste auf das skandalöse Verhalten der Kassen und die Konsequenzen für alle Versicherten aufmerksam.

Foto: Caritasverband Paderborn, Karl-Martin Flüter



Statement



*Olaf Wittemann,
Vorsitzender der Dienstnehmerseite in der
Regionalkommission NRW*

Gerechter Lohn für wichtige Arbeit

Im sogenannten „Dritten Weg“ der Caritas arbeiten Dienstnehmer- und Dienstgebervvertreter in paritätisch besetzten Kommissionen zusammen, um angemessene Arbeits- und Vergütungsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden.

Es liegt in der Natur der Sache, dass man dabei nicht immer einer Meinung ist. Jede Seite muss in erster Linie und hauptsächlich die Interessen ihrer eigenen Seite vertreten, und so stehen für uns die Interessen der Kolleginnen und Kollegen an erster Stelle.

Worin wir uns aber von den Dienstgebern nicht unterscheiden, ist die Überzeugung, dass die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung erfahren sollte. Diese muss sich auch in attraktiven Arbeitsbedingungen und einem angemessenen Gehalt niederschlagen. Wenn wir dann sehen, dass die Krankenkassen in Nordrhein-Westfalen seit Jahren weniger als die Hälfte der tatsächlichen Gehaltsanstiege bei der Refinanzierung der Träger berücksichtigt haben, wird uns angst und bange. Denn im Zweifel führt die wirtschaftliche Unterdeckung dazu, dass die Arbeit in der ambulanten Pflege immer schneller erfolgen muss und die Kolleginnen und Kollegen unter immer größerem Druck arbeiten müssen. Während die Krankenkassen derzeit auf Milliardenüberschüssen sitzen, verschlechtern sich gleichzeitig die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter massiv.

Wir brauchen motivierte und gut entlohnte Pflegekräfte. Die Krankenkassen müssen die Arbeit dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anerkennen. Und das bedeutet, dass die Gehälter, die bei der Caritas gezahlt werden, auch bei den Refinanzierungen der Träger zu berücksichtigen sind. Unsere Träger brauchen verlässliche politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und eine Kostenerstattung, die die tatsächlichen Personalkosten der Betreuung und Pflege alter Menschen berücksichtigt. Niemand kann Interesse an einem Lohndumping haben, an dessen Ende frustrierte Pflegekräfte und eine zunehmend schlechtere Versorgung der pflegebedürftigen Menschen stehen.

Statement



*Norbert Altmann,
Vorsitzender der Dienstgeberseite
der Regionalkommission NRW*

Anerkennung wettbewerbsfähiger Löhne

Die Regionalkommission Nordrhein-Westfalen ist vergleichbar mit einer Tariffkommission, in der Dienstgeber- und Dienstnehmervertreter partnerschaftlich die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Caritas festlegen. Zu den Einrichtungen der Caritas in NRW gehören auch rund 400 Pflegedienste mit etwa 15 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Das gemeinsame Ziel von Dienstgebern und Dienstnehmern ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der allgemeinen Lohn- und Einkommensentwicklung zu beteiligen. Gleichzeitig müssen die Gehaltsstrukturen wettbewerbsfähig sein, d. h., es muss möglich sein, die Personalkosten über die Vergütungen auch zu refinanzieren.

Seit Jahren müssen wir feststellen, dass die Gehaltsstrukturen der Caritas die Krankenkassen in Nordrhein-Westfalen nicht interessieren. Seit Jahren klafft eine riesige Lücke zwischen den Personalkostensteigerungen und der Entwicklung der Preise in der häuslichen Krankenpflege. Während die Personalkosten in den letzten zehn Jahren im Schnitt um zwei Prozent angestiegen sind, wurden die Vergütungen im gleichen Zeitraum um weniger als ein Prozent pro Jahr angepasst.

Das führt zwangsläufig dazu, dass die Arbeit immer mehr verdichtet wird, dass unsere Mitarbeiter immer schneller arbeiten müssen. Wenn man aber auf Dauer eine tragfähige ambulante Infrastruktur möchte, muss man den Pflegeberuf attraktiv machen.

Noch werden 70 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt, zu einem erheblichen Teil mit Unterstützung von professionellen Pflegediensten, gerade auch der Caritas. Dies wird dauerhaft aber nur möglich sein, wenn man langfristig Frauen und Männer findet, die Freude an einer Tätigkeit in der Pflege haben und bereit sind, diese hoch qualifiziert und mit hoher Empathie zu leisten.

Dann müssen die Kassen aber auch akzeptieren, dass die Pflegekräfte in der Caritas angemessen entlohnt werden.

HILFE!

**MEHR ZEIT
FÜR PFLEGE!**

Schwerpunkt

Streng getaktet

Katrin Piorunek

Fotos: Lukas



Auf Dienstfahrt mit einer ambulanten Altenpflegerin

Von Christian Lukas

Offiziell beginnt Katrin Piorunek's Arbeitstag um 6 Uhr. Tatsächlich ist die gelernte Altenpflegerin und Palliativschwester um diese Zeit längst unterwegs auf den Straßen von Witten. Das Einsatzgebiet der 44-jährigen Mitarbeiterin des Pflegedienstes der Caritas ist der Stadtteil Heven. Ein durchmischter Stadtteil mit schönen, kleinen Einfamilienhäusern, Genossenschaftshäusern, Hochhäusern.

„Natürlich gibt es immer ein nettes Wort für meine Patienten“, erzählt sie auf dem Weg zum ersten Einsatz. Es schneit. Nur wenige Autos sind auf den Hevener Straßen unterwegs. „Für manche Patienten bin ich der einzige Besuch am Tag. Aber der Medizinische Dienst gibt die Zeit vor, die ich für meine Tätigkeit aufbringen darf. Jede Minute mehr wird beanstandet. Und Zeit für nette Worte ist nicht vorgesehen.“ Ebenso wenig andere Freundlichkeiten. „Ich hatte eine bettlägerige Patientin“, erinnert sie sich, „die bekam eine neue Matratze und kam mit der nicht zurecht. Ich habe ihr dann von daheim eine Decke als Unterlage mitgebracht. Danach ging es ihr besser. Bis der Medizinische Dienst kam, die Decke beanstandete und mir einen Riesenärger machte.“ Warum, das kann die Altenpflegerin nicht erklären: „In den Vorgaben stand eben, die Patientin müsse

auf einer Matratze liegen.“ Weiter kommentiert Katrin Piorunek den Vorfall nicht.

Der erste Weg führt die Altenpflegerin in die Wohnung einer in die Jahre gekommenen Lebensgemeinschaft. Die Frau ist 77. „Warum ich hier liege? Och, mir war heute einfach danach.“ Ihren Humor hat sie nicht verloren, dann aber erzählt sie von ihrem Schlaganfall vor sieben Jahren. Katrin kennt sie länger. Sie hat bereits ihre Mutter über Jahre hinweg gepflegt. Kaum war diese verstorben, wurde die Tochter zum Pflegefall. Ihr Lebensgefährte kann ihr nicht helfen. Katrin Piorunek wäscht das Gesicht, wechselt die Windel, lässt Urin ablaufen, wechselt ihr das Nachthemd. Und dokumentiert ihre Arbeit. Ordnung muss sein. Sie wird im Laufe des Tages noch 13 weitere Mal ihre Arbeit dokumentieren. Es geht wieder raus in den Schnee, ins Auto. Wenige Minuten später das nächste Haus. Der Mann, ein Pensionär im fortgeschrittenen Alter, braucht Hilfe bei der Dosierung seiner Tabletten. Drei Minuten dauert es, seine Medikation zusammenzustellen. „Bis morgen“, sagt Katrin, und schon geht es weiter. In den Schnee, ins Auto, raus aus dem Auto, ins nächste Haus.

Die alte Dame hat sich die Schulter gebrochen, leidet an Diabetes, braucht eine Spritze. „Gebrochen habe ich mir den Knochen auf dem Weg zum Arzt“, klagt sie. Sie ist schwer auf den Beinen. Aber eine Pflegestufe hat sie

Christian Lukas ist freier Journalist in Witten (Ruhr).

nicht. Manchmal bräuchte sie schon mehr Hilfe, jede Stufe stellt für sie inzwischen ein Hindernis dar. Doch sie ist noch mobil. Sie mag Katrin, sie ist ihr einziger Besuch heute. Aber schon ist Katrin Piorunek auf dem Weg zur nächsten Patientin. Um 6.46 Uhr betritt sie die Wohnung einer 79-jährigen Witwe. „Ich bin froh, dass ich Katrin habe, ohne sie wäre ich arm dran“, erzählt sie, und dann sprudelt es aus ihr raus: Der Sohn starb vor vier Jahren plötzlich und unerwartet, ihr Mann vor drei, die Enkeltochter zieht nun zum Studium nach Münster. Sie selbst hatte einen Hinterwandinfarkt. Es tut gut, einfach reden zu können. Katrin zieht ihr Stützstrümpfe über, nach sechs Minuten ist sie schon wieder unterwegs. Wilhelm Kogelheide, ihr nächster Patient, war Stahlformer, Obermeister. „Die Arbeit hat meine Knochen kaputt gemacht“, erzählt er. Und nun, mit fast 83, hat er Probleme. Eine Lungenembolie hätte ihn fast umgebracht, „die Pumpe schlägt nicht richtig“, sagt er, eine Prostata-OP hat er hinter sich, und er ist Diabetiker. Auf die Frage nach seiner Pflegestufe lacht er. „Pflegestufe? So etwas habe ich nicht.“

Zeitüberschreitung penibel dokumentieren

Wanda Ziehlke hat Pflegestufe 1. 95 ist sie, leidet an Parkinson, ist geistig aber topfit. Katrin hilft ihr auf die Toilette. „Es ist die Zeit, die fehlt“, erzählt sie. Manchmal braucht sie für die Morgentoilette mehr Zeit, als der Medizinische Dienst festschreibt: „Aber was soll ich denn machen?“, fragt die charmante Dame, die viele Jahre in England gearbeitet hat, nachdenklich.

7.39 Uhr. Nur ein paar Häuser weiter lebt ein Ehepaar in den Achtzigern. Ein unvorhergesehener Fall: Eigentlich steht Stomaversorgung auf dem Plan. Die Frau aber hat Probleme mit ihrem künstlichen Darmausgang. Doch will nicht darüber sprechen, um niemandem zur Last zu fallen. Ihr Mann ist blind. Katrin versorgt ihn mit Augentropfen, dann greift sie zum Telefon, klärt die Angelegenheit mit dem Arzt, leitet weitere Schritte ein – und muss auf den Punkt dokumentieren, warum sie das vorgegebene Zeitpensum um fast eine Viertelstunde überschritten hat.

Und auch bei Kazim Deniz kommt es zu einem Problem. Der 59-jährige Hevener hatte einen Schlaganfall. „Eigentlich geht es mir gut“, sagt er bescheiden. Nur er ist Diabetiker und kann sich seine Insulinspritze nicht selbst verabreichen. Die rechte Hand ist taub. Doch beim Test stellt sich heraus – er ist vollkommen unterzuckert. „Würde ich ihm jetzt eine Spritze geben, würde sein Kreislauf versagen“, erläutert Katrin Piorunek.



8.22 Uhr: Ihre nächste Patientin ist vergleichsweise jung, 47. Asthma, Sarkoidose, eine Lungenembolie, Rheuma sind nur einige ihrer Leiden. Sie verbringt viel Zeit im Bett. Katrin hilft ihr, Stützstrümpfe anzuziehen. „Die Anstrengung würde mich auf Stunden aus dem Verkehr ziehen“, erklärt sie. An der Tür steht ein koffergroßes Sauerstoffgerät. „Ich hatte ein kleines, tolles Gerät, mit dem ich nach langer Zeit wieder Spaziergänge machen konnte“, berichtet die Patientin. „Aber das wurde mir nicht weiter bewilligt, weil es zu teuer war.“ Spaziergänge seien ihr Freizeitvergnügen, hieß es weiter – und somit nicht von der Solidargemeinschaft zu finanzieren. So spielt sich ihr Leben vorwiegend in ihrem Schlafzimmer ab. ▶

Kazim Deniz ist Diabetiker, und nach einem Schlaganfall kann er weder seinen Zuckerspiegel selbst messen noch sich selbst eine Spritze verabreichen.

Katrin Piorunek hilft Wilhelm Kogelheide, die Stützstrümpfe überzuziehen. Nach einem Herzstillstand und einer Lungenembolie braucht der Rentner eine helfende Hand.





- Und weiter geht es: Zwei Patienten in einem Haus. Einmal muss Katrin einem Mann Medikamente verabreichen und Blutdruck messen (drei Minuten), dann muss sie eine Witwe duschen, ihre Medikamente einstellen. Sie kann schlecht laufen, leidet an Epilepsie sowie diversen „Kleinigkeiten“ und ist 100 Prozent schwerbeschädigt. „Aber ich habe nur Pflegestufe 1“, sagt die 70-Jährige, die nach einem Treppensturz und einem Krankenhausaufenthalt zeitweise in einer betreuten WG lebte. Die aber musste sie wieder verlassen, doch ohne Katrin Piorunek kann sie sich nicht einmal allein waschen. Es geht zur ersten Patientin zurück, die noch einmal gewendet werden muss (drei Minuten), bevor die letzte Etappe auf dem Plan steht: Klara Lübben ist 62 und lebt mit ihrer schwerstbehinderten 29-jährigen Tochter in einem Genossenschaftshaus. „Einmal die Woche

schaute Katrin mit ihrem professionellen Blick nach dem Rechten“, erzählt sie. Ihre Tochter muss künstlich ernährt werden. Stündlich. Windeln müssen gewechselt werden, Medikamente verabreicht werden. Klara Lübben macht all dies allein. „Ich bin gesund, und ich trage die Verantwortung für meine Tochter“, sagt die Witwe und fügt bescheiden hinzu: „Es gibt Menschen, die dringender eine helfende Hand brauchen als ich.“ An sich ist Katrin Piorunek nun fertig mit ihrer Morgenschicht. Doch auf dem Weg in die Stadt macht sie noch einmal bei Kazim Deniz halt, prüft noch einmal seinen Zuckerspiegel und lächelt. „Alles wieder in Ordnung“, sagt sie und trägt dies auch in die Dokumentation ein. Bezahlt wird diese Kontrolle dem Pflegedienst nicht. Vorgesehen ist ein Besuch bei dem Patienten, das Prüfergebnis spielt dabei keine Rolle. ◀

Ein konkreter Vorschlag zur Entbürokratisierung der Pflege

Bisher:

Auf den „Verordnungen häuslicher Krankenpflege“ trägt der Arzt die für den Patienten notwendigen Leistungen häuslicher Krankenpflege ein. Auf der Rückseite verlangen die Krankenkassen von den Pflegediensten, die Leistungen zu übertragen und die Erklärung, die Leistungen zu erbringen, zu unterschreiben und abzustempeln. Weiterhin muss der Patient die Rückseite der Verordnung ebenfalls unterzeichnen. Er macht damit deutlich, dass der Pflegedienst die ärztlich verordneten Leistungen durchführt.

Da Pflegedienste die ärztlich verordneten Leistungen nicht eigenmächtig verändern dürfen, stellt sich doch die Frage, warum überhaupt eine Übertragung der Leistungen auf die Rückseite notwendig bzw. sinnvoll ist.

Unsere Lösung: der Stempel „wie verordnet“

Vorteil für den Pflegedienst: keine unnötigen Übertragungen, d. h. Zeitersparnis. Vorteil für die Krankenkassen: keine Kontrolle und kein Vergleichen durch die Krankenkassenmitarbeiter notwendig, d. h. Zeiter-

sparnis. Die Bürokratiekosten für Anträge zur häuslichen Krankenpflege liegen bei jährlich 54 Mio. Euro in Deutschland, so das Statistische Bundesamt.

Schade, dass einige Krankenkassen vom Stempel irritiert sind.

Schade, dass einige Mitarbeiter der AOK Nord-West, Regionaldirektion Meschede, der Meinung sind, dass das so nicht gehe.

Es ist durch das Statistische Bundesamt im Frühjahr 2012 festgestellt worden, dass in einer „normal“ großen Pflegestation mit 60 Patienten rechnerisch 2,3 Vollzeitkräfte mit Verwaltungsaufwand und Pflegedokumentation beschäftigt sind.

Wenn man nicht mit kleinen Schritten anfängt ...

Peter Wawrik, Geschäftsführer der Caritas Alten- und Krankenhilfe im Kreis Soest

Nachtrag:

Inzwischen dulden die Kassen diese Praxis der Caritas im Kreis Soest. Diese spart durch die kleine Änderung die Stundenzahl von rechnerisch drei Wochen Arbeitszeit einer Mitarbeiterin im Jahr. Die Ersparnisse der Krankenkassen durch Wegfall von Kontrolle und Vergleichen liegen in vergleichbaren Dimensionen.

Wie verordnet!



Foto: KNA-Bild

Schöne Worte sind zu wenig

Wie ein Geschäftsführer eines ambulanten Pflegedienstes die Praxis erlebt

Von Hartmut Claes

Vor Jahren, als die Krankenkassen sich dem freien Markt öffneten, hatte ich „schlechte Risiken“ als Unwort des Jahres vorgeschlagen. Damals gierten die Kassen nach jungen, gesunden und damit kostengünstigen Mitgliedern. Alte Menschen waren da weniger gefragt. Heute erlebe ich, dass aufgrund des Kostendrucks auch in der ambulanten Krankenpflege eine Selektion vorgenommen wird.

Multimorbide, alleinstehende oder demente Patienten laufen Gefahr, auf der Strecke zu bleiben. Bei einer 160 kg schweren Patientin ist das Anziehen von Stützstrümpfen nicht nur zeitintensiv, sondern körperlich anstrengend. Hinzu kommt, dass trotz zusätzlich erbrachter Leistungen wie Wundversorgung oder Medikamentengabe nur eine Behandlungspflege abgerechnet werden darf.

So mancher Geschäftsführer wird sich fragen, ob er für 9,20 Euro bei einem 40-minütigen Einsatz die Bandscheiben seiner Krankenschwestern ruiniert. Ein anderer Patient ist bettlägerig und einsam. Im Winter bekam er Besuch von Trunkenbolden, die seine Wohnung als

Wärmestube für Trinkgelage missbrauchten. Mehrfach wurden unsere Schwestern angepöbelt und angefasst. Wer will es verantworten, in solch einem Haushalt das wertvolle Personal für 9,20 Euro zu verheizen?

Eine Patientin im Krankenhaus wünschte sich, zum Sterben nach Hause entlassen zu werden. Der Tod war nur noch eine Frage von Tagen oder gar Stunden. Für das Anlegen einer neuen Patientenakte werden bis zu 40 Formulare ausgefüllt. Die Patientin starb gleich beim allerersten Einsatz in den Armen unserer Palliativschwester. Egal, ob ein einziger oder eintausend Einsätze, die 40 Formulare müssen dennoch ausgefüllt werden. Rein wirtschaftlich denkende Geschäftsführer werden bei einer so prognostizierten Lebenserwartung die Versorgung ablehnen.

Politiker ducken sich gerne weg, weil Vergütungsverhandlungen die Sache der beiden Partner Krankenkasse und Pflegedienst sind. Partnerschaftliches Verhalten erleben wir schon lange nicht mehr. Die Kassen diktieren, die Pflegedienste schlucken. Wenn die Politik möchte, dass die drei oben genannten Patienten auch weiterhin versorgt werden, reichen ständige Lippenbekenntnisse „ambulante vor stationär“ nicht aus. Dann gilt das alte Caritas-Motto: „Schöne Worte sind zu wenig.“ Wir brauchen tatkräftige Politiker, die sich zeigen und nicht verstecken. ◀



Hartmut Claes ist Caritas-Geschäftsführer in Witten (Ruhr). 60 Mitarbeiter mit 22 Dienstfahrzeugen versorgen dort in der ambulanten Pflege rund 250 Patienten.



In einer Serie stellen wir Menschen vor, die bei der Caritas arbeiten.

Heute:

Schemsi Caritas-Sozialstation Lippstadt

Helga Ape möchte auf den Einsatz von Pfleger Schemsi nicht mehr verzichten: „Er ist so nett zu uns, er ist ein Guter.“

Foto: Caritas

„Ein Guter“

Shemsi ist arabisch und heißt „die Sonne“: Wie recht die Eheleute in Pristina/Kosovo hatten, die ihren Sohn vor 48 Jahren Shemsi Sadriu nannten, werden viele Seniorinnen und Senioren in Lippstadt bestätigen.

Wenn Pfleger Schemsi (so steht es auf seinem Namensschildchen) von der Caritas-Sozialstation Lippstadt in der Tür steht, geht ein Strahlen über ihre Züge. So wie bei Helga Ape. „Pfleger Schemsi möchte ich nicht mehr missen. Er ist so nett zu uns“, erklärt die 80-Jährige. Ihr Mann fügt einfach hinzu: „Er ist ein Guter.“ Ein kleiner Akzent verrät, dass die Wiege des Altenpflegers, der seit 1995 bei der Caritas arbeitet, nicht in Deutschland stand. Doch für die Klienten ist das kein Problem. Eher im Gegenteil: „Sie finden das putzig.“

Bis dahin war es ein langer Weg für den heute dreifachen Familienvater. Geboren in Jugoslawien, machte der Kosovo-Albaner muslimischen Glaubens das Abitur, absolvierte die Militärzeit und hatte schon sieben Semester Medizinstudium hinter sich, als die politischen Umwälzungen sein Leben veränderten. Per Unterschrift sollte jeder Student den neuen Staat Serbien anerkennen. Wer das nicht wollte, musste die Univer-

sität verlassen. „Und ich wollte nicht, es war doch ein richtiger Nationalkrieg.“ Die Ereignisse überstürzten sich. Ein alarmierender Brief, der den angehenden Mediziner zu einem Gespräch bei der Behörde einlud, bewirkte das genaue Gegenteil: „Wir wussten doch, die brauchten Mediziner für die Front.“ Der junge Shemsi packte einen Koffer, nahm den nächsten Bus und verließ fluchtartig das Land. Zurück blieben seine Eltern und seine fünf Geschwister. „Gelandet bin ich in Dortmund, da war ich 27 Jahre alt.“ Aus dem ersehnten Asyl wurde zunächst nur eine Duldung. Der junge Mann wurde nach Erwitte geschickt. „Von da kam ich zur Caritas nach Soest und lernte Herrn Kuhnert kennen“, erinnert sich der 48-Jährige. „Er hat sich sehr für mich engagiert und für mich eine Arbeitserlaubnis erwirkt.“ Nach einer sechsmonatigen Ausbildung am Stadtkrankenhaus Soest zum Krankenpflegehelfer folgten drei Jahre am ESTA-Bildungswerk: „Diese Ausbildung zum Altenpfleger habe ich mit der Note 1,3 abgeschlossen.“ Als dann die Caritas Soest auch zusagte, den Altenpfleger in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen, folgte die Aufenthaltsgenehmigung. Im Jahr 2006 erhielt Pfleger Schemsi auch den deutschen Pass. Die häusliche Krankenpflege ist sein Metier: „Angefangen habe ich mit 800 DM“, erklärt Pfleger Schemsi. Sechs bis sieben Patienten, je nach Bedarf, versorgt er pro Tag. Diskriminierung? „Die habe ich nie erlebt, es ist alles normal, und ich fühle mich wohl bei meiner Arbeit.“ Wohl fühlen sich auch die Patienten, die die liebe- und respektvolle Art von Pfleger Schemsi sehr schätzen. Manchmal gibt es das sogar schriftlich. „Fröhlichkeit und Freude bei der Arbeit“ wurde ihm im Brief eines dankbaren Angehörigen attestiert. Aufgrund seiner Herkunft hilft Pfleger Schemsi auch über Sprachbarrieren: „Ich kann Deutsch, Albanisch und Serbokroatisch. Da konnte ich beim Amtsgericht, hier bei der Caritas und auch im Krankenhaus übersetzen.“ Den Kontakt zur Familie im 2 500 Kilometer entfernten Pristina hat Pfleger Schemsi nicht verloren. Doch seine Heimat hat er in Lippstadt gefunden. Hier hat er im Jahr 2000 seine Frau, eine angehende Erzieherin, geheiratet, hier lebt das Ehepaar mit seinen drei Kindern.

Gabriele Dräger



Arbeitgeber Caritas

Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes regelt Loyalitätspflichten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Ein Problemfall für den Sozialstaat? Das zumindest behaupten der Spiegel und mit ihm manche Medien und politische Kräfte. Der Vorwurf: Die Kirchen ließen sich ihre sozialen Dienste und Einrichtungen vom Staat bezahlen, gleichzeitig behandelten sie ihre Arbeitnehmer schlecht. Zeitgleich fordern die Gewerkschaften die Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechtes. Zweiter Teil eines Interviews* mit Heinz-Josef Kessmann, Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes und Vorsitzender der Arbeitsrechtlichen Kommission.

- ▶ *Streikverbot, keine gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, nach einer Scheidung nicht wieder heiraten. Gilt das deutsche Arbeitsrecht für kirchliche Arbeitnehmer nicht?*

Die Kirchen haben das Recht, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln – im Arbeitsrecht haben sie es getan. Die deutschen Bischöfe haben die Grundordnung des kirchlichen Dienstes erlassen, und diese Grundordnung klärt im Prinzip auch das, was das kirchliche Arbeitsrecht ausmacht. Hier gibt es eine besondere Form der Lohnfindung, nämlich in paritätisch besetzten arbeitsrechtlichen Kommissionen. Das ist der sogenannte „Dritte Weg“ des Arbeitsrechts. Der zweite Regelungsinhalt umfasst besondere Erfordernisse an Dienstgeber und Dienstnehmer in der katholischen Kirche. Ich sage bewusst an Dienstnehmer und Dienstgeber, weil sehr häufig nur die Loyalitätserfordernisse der Mitarbeiter im Blick der öffentlichen Diskussion sind, die Grundordnung des kirchlichen Dienstes verlangt aber sehr wohl auch von den Dienstgebern bestimmte Erfordernisse.

- ▶ *Loyalitätspflichten von Arbeitnehmern gibt es auch bei großen Industrieunternehmen oder anderen Verbänden. In der katholischen Kirche und bei der Caritas erstrecken sie sich in besonderem Maße auf die persönliche Lebensführung. Wer nach einer Scheidung wieder heiratet, kann nicht länger bei der Caritas arbeiten. Ist das generell so?*

Man versteht die Grundordnung der kirchlichen Dienste und damit das kirchliche Arbeitsrecht nur dann angemessen, wenn man die Grundidee mitbedenkt: Wir verstehen den Dienst unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Teil des Sendungsauftrags der Kirche. Wir sagen damit von vornherein: Wir betrachten diesen

Dienst als etwas Besonderes, wir betrachten unsere Mitarbeiter als etwas Besonderes, weil sie sich dazu bereit erklären, am Sendungsauftrag der Kirche mitzuwirken.

- ▶ *Wie wirkt man am Sendungsauftrag der Kirche mit?*

Für die Caritas heißt das natürlich, den Menschen ein Beispiel für die liebende Nähe Gottes in der Welt zu geben. Es bedeutet, denjenigen beizustehen, die von Not, Elend, Sorge betroffen sind, sie zu trösten, ihnen zu helfen. In anderen Bereichen des kirchlichen Dienstes gehört zum Sendungsauftrag die Verkündigung des Evangeliums oder auch die Arbeit in den Pfarreien. Das ist Teil dessen, was zum Unverzichtbaren unserer Kirche gehört. Seit der Enzyklika „Deus caritas est“ wissen wir, dass die Caritas ein Grundvollzug unserer Kirche ist.

- ▶ *Was heißt Grundvollzug?*

Grundvollzug bedeutet, unser Dienst ist Teil des unverzichtbaren Auftrags und der Sendung der Kirche in unserer Welt.

- ▶ *Wer ist gemeint, wenn es heißt „die Kirche“?*

Alle getauften Christen, die Mitglieder unserer Kirche sind, wirken am Sendungsauftrag mit. Das braucht nicht einmal hauptamtlich zu geschehen, auch das ehrenamtliche Engagement, auch der Gottesdienstbesuch sind ein Mitwirken am Sendungsauftrag.

- ▶ *Der hauptamtliche Dienst ist dann aber arbeitsvertraglich geregelt?*

Dieser Dienst muss ein repräsentatives Beispiel der Sendung der Kirche sein und den Grundüberzeugungen der Kirche entsprechen. Im Prinzip verlangt eigentlich jeder Arbeitgeber in der Bundesrepublik, dass seine Mitarbeiter glaubwürdige Repräsentanten ihrer Firma sind. Kein Mitarbeiter eines normalen Arbeitgebers wird ungestraft gegen diesen in der Öffentlichkeit wettern dürfen und ihn beschimpfen dürfen.

- ▶ *Bei Industrieunternehmen spricht man von „Corporate Identity“ und „Corporate Behaviour“?*

Genau, auch wenn das dort nicht immer schriftlich fixiert sein muss. Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes regelt diesen Verhaltenskodex explizit und



Heinz-Josef Kessmann ist Diözesan-Caritasdirektor in der Diözese Münster. Zugleich ist er Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes und Vorsitzender der Arbeitsrechtlichen Kommission auf Bundesebene.



macht die Einhaltung damit überprüfbar. Die Kirche fordert Loyalität, weil sie glaubwürdige Repräsentanten ihres Sendungsauftrags und damit ein glaubwürdiges Zeugnis ihres Verständnisses vom Menschen will. Dabei entspricht es dem Wesen der Kirche, dass die Grundordnung nicht automatische Sanktionen nach der Relation „wenn – dann“ vorsieht, sondern dass es sehr wohl ein gestuftes Verständnis von Loyalitäten gibt. Von einer Putzfrau wird nicht die gleiche Loyalität zum Dienstgeber erwartet wie von einem Diözesan-Caritasdirektor. Das gilt für alle Erwartungen an das private Leben. Bei einem Verstoß gegen diese Loyalitätserfordernisse ist nach der Erklärung der deutschen Bischöfe zum kirchlichen Dienst im Einzelfall gestuft und unter konkreter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände zu entscheiden. Es entspricht nicht dem Prinzip der Grundordnung, dass in jedem Fall und für jede Art von Dienst die Wiederverheiratung nach Scheidung unweigerlich zur fristlosen Kündigung führt. Die Grundordnung macht sehr deutlich, dass z. B. die Auflösung des Arbeitsvertrages tatsächlich die „Ultima Ratio“ ist. Es gibt im Vorhinein eine Vielzahl von anderen dem Einzelfall angemessenen Reaktionsformen, mit denen der Dienstgeber auf einen Verstoß gegen die Grundordnung reagieren kann und reagieren muss.

► *Wiederheiraten nach Scheidung, Zusammenleben vor der Ehe. Viele Menschen haben das Gefühl, das ist ihre Privatsache, und sie verstehen nicht, warum sich die Kirche oder Caritas als Dienstgeber so weit in ihr Privatleben einmischt.*

Mit der Säkularisierung der Gesellschaft gibt es einen Einschätzungswandel. Stärker als früher wird der Kirche vorgehalten: In diesem Bereich dürft ihr nicht nachfragen, und das dürfte euch nicht interessieren, was wir konkret tun. Die Kirche glaubt dagegen an die Gottgegebenheit und Gottgesegnetheit der Ehe. Wir halten fest daran, dass dieses Bündnis zwischen Mann und Frau auf „bis dass der Tod uns scheidet“ Bestand hat. Solch ein Versprechen kann nicht mal eben so zurückgegeben werden. Solange die Kirche davon überzeugt ist, braucht sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das auch leben, die diesen Glauben repräsentativ in unserer Gesellschaft weiterhin vertreten. Ein Mitarbeiter der Caritas sollte dieses Verständnis von der Ehe haben

und auch für sich verbindlich leben, sonst ist er nicht glaubwürdig. Aufgesetztes Getue ist eigentlich genauso ein Verstoß gegen das, was uns ausmacht.

Allerdings müssen wir uns als Kirche und Caritas tatsächlich klarer werden darüber, dass heute dieses Verständnis von der Unauflösbarkeit der Ehe im alltäglichen Leben unserer Gesellschaft sehr viel schwerer zu leben ist und es von daher empirisch und auch von der Überzeugung der Menschen sehr viel ungewöhnlicher ist. Deswegen müssen wir mit einer solchen Vorschrift sehr gut überlegen, ob sie denn die Menschen noch erreicht. Den Prozess, den die Deutsche Bischofskonferenz eingeleitet hat, verstehe ich auch als ein Zeichen dafür, zu sagen, wir geben nicht die Unauflösbarkeit der Ehe auf, sondern wir akzeptieren, dass in der heutigen Gesellschaft diese sehr viel schwerer zu leben ist als früher.

► *Kollidiert der Anspruch der Caritas auf Einhaltung von sittlichen Normen und Regeln nicht auch mit dem selbst gewählten Auftrag, barmherzig und menschlich zu sein und sich einzusetzen für Schwache und Benachteiligte?*

Die Frage zielt auf unseren Umgang mit unseren Mitarbeitern. Wenn wir Dienstgeber – und das lasse ich jetzt auch mal gegen mich persönlich gelten – nicht in jedem Einzelfall sehr genau prüfen würden, was wir tun, dann würden wir uns der Unbarmherzigkeit schuldig machen. Das würde nicht unserer inneren Überzeugung und unserem Bild vom Menschen entsprechen. Die kirchliche Grundordnung – und das steht wörtlich im Begleitschreiben der Bischöfe – fordert die Beurteilung des Einzelfalls auch mit dem Blick der Barmherzigkeit.

► *Bei den in den Medien dargestellten Fällen, wo Mitarbeiter der Kirche und der Caritas aus dem Dienst entlassen wurden, sollte in jedem Fall eine Einzelfallprüfung stattgefunden haben?*

Auf jeden Fall. Ich gehe davon aus, dass sie stattgefunden hat. Mir steht das nicht zu, irgendeinen Einzelfall aus der Ferne zu bewerten. Aber in all diesen Einzelfällen musste eine Bewertung stattfinden, und da muss man eben den leitenden Arzt einer Klinik anders bewerten als eine Kindergartenleiterin und diese wiederum anders bewerten als eine Putzfrau. Das persönliche Verhalten ►

„In Gottes Namen – wie gnadenlos ist der Konzern Kirche?“, hieß es am 3. Februar bei Günther Jauch. Mit seinen Gästen, unter ihnen Caritas-Präsident Peter Neher (rechts neben Jauch), diskutierte der Moderator über die Fragen, ob die Kirche die Morallehre über die Nächstenliebe stellt und welche Rolle kirchliche Einrichtungen in unserem Sozialstaat spielen.

Foto: picture alliance

* *Im ersten Teil dieses Interviews ging es um die grundgesetzlich geregelte Stellung der Kirchen und die historischen und grundsätzlichen Begründungen für dieses Recht.*

Das Interview wurde veröffentlicht in Caritas in NRW – AKTUELL 2/2013. Zum Nachlesen unter www.caritas-nrw.de.

- ▶ der entsprechenden Person, ihre Motive müssen vom Dienstgeber angemessen berücksichtigt werden.

- ▶ *Wer sich entscheidet, in den kirchlichen Dienst zu gehen, bei der Caritas zu arbeiten, der weiß vorher, wozu er sich entscheidet?*

Ich gehe davon aus. Hier im Diözesan-Caritasverband Münster wird darauf sehr genau geachtet, und wir beraten auch unsere Mitglieder sehr intensiv dazu. Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes muss Gegenstand des Bewerbungsgesprächs sein.

- ▶ *Wer den Arbeitsvertrag unterschreibt, weiß, was er da unterschreibt und welche Folgen sein Verhalten haben kann?*

Er weiß, was er von seinem Dienstgeber erwarten kann und was der Dienstgeber von ihm erwartet. Zum gestuften System der Loyalität muss es in der Regel mündliche Erläuterungen geben. Menschen, die im Erziehungsdienst tätig sind und damit auch sehr viel direkter persönliches Beispiel ablegen, sind eben anders zu bewerten als jemand, der vielleicht in der Verwaltung tätig ist.

- ▶ *Das Streikrecht für Arbeitnehmer gilt als Menschenrecht. Warum verweigern die Kirchen dies ihren Mitarbeitern?*

Die katholische Kirche ist nicht gewerkschaftsfeindlich, und auch die katholische Kirche spricht sich nicht gegen das Recht der Menschen aus, sich in Gewerkschaften zu engagieren, sonst hätten wir die katholische Soziallehre auch nicht richtig verstanden. Aber der Dienst in der Kirche und in der Caritas ist Teil des Sendungsauftrags der Kirche. Diesen Dienst kann man nicht bestreiken, man kann nicht nachlassen in der Umsetzung des Auftrags der Kirche, man kann nicht nachlassen in dem Dienst am Nächsten. Trotzdem muss es Regelungen geben, auch auf dem „Dritten Weg“, der die Rechte der Mitarbeitenden, die Rechte der Dienstnehmer, stärkt. Dazu haben wir paritätisch besetzte Kommissionen, und wir haben bei Beschlüssen sehr hohe Quoren, die sicherstellen, dass die Dienstnehmer überwiegend ebenfalls eine gefundene Lösung mittragen. Darüber hinaus gibt es eine abschließende Schiedsstellenvereinbarung, die eine Blockade einer Seite verhindert. Das hat das Bundesarbeitsgericht letztes in seinem Urteil (vom 20. 11. 2012, die Red.) sehr klar gebilligt. Wenn es aber solche Regelungen gibt, die nicht von vornherein die Rechte der Dienstnehmer einschränken, und wenn dieser „Dritte Weg“ wirklich originalgetreu gelebt wird,

dann ist es rechtens, den Streik nicht zuzulassen. So hat das Gericht geurteilt.

Als jemand, der in diesem Arbeitsrecht eine besondere Funktion hat (= als unparteiischer Vorsitzender der Arbeitsrechtlichen Kommission auf Bundesebene, die Red.), habe ich in der Bundeskommission der Caritas deutlich gemacht: Wenn der kirchliche Dienstgeber von sich aus ohne Beteiligung der Dienstnehmerseite zwischen zwei Tariflösungen wählen will, dann entspricht das nicht dem „Dritten Weg“. Dann sind die Rechte der Mitarbeitenden eingeschränkt, und sie haben das Recht zu streiken. Aus dem Gerichtsurteil zum Streikrecht müssen wir für uns die Konsequenzen ziehen, dass wir sehr stringent und klar in der Umsetzung des „Dritten Weges“ sind. Ich halte die im Augenblick kirchenintern laufende Entscheidung, welcher Träger sich zur kirchlichen Grundordnung bekennt und welcher Träger nicht dazugehört, für einen guten Prozess, um die Anwendung kirchlichen Arbeitsrechtes zu klären.

Worüber wir alle noch nachdenken werden, ist das, was das Gericht zur Beteiligung der Gewerkschaften am „Dritten Weg“ gesagt hat. Da warten wir auf die schriftliche Urteilsbegründung. Momentan ist auch nicht erkennbar, was sich die Gewerkschaften vorstellen und was die Dienstnehmer in der Caritas wünschen und ob beides übereinanderpasst.

- ▶ *Wie ist es mit den wesentlichen Dingen, die in den paritätisch besetzten arbeitsrechtlichen Kommissionen ausgehandelt werden? Sind die Mitarbeiter bei der Caritas schlechter bezahlt als in anderen Verbänden, wo sie streiken können?*

Innerhalb der Freien Wohlfahrtspflege bewegen sich die Tarife alle ungefähr in einem Korridor. Dabei repräsentiert die Caritas auf jeden Fall nicht den untersten Wert dieses Korridors, sondern ist an vielen Stellen tatsächlich der bestbezahlende Arbeitgeber. Wir haben in den unteren Lohngruppen, verglichen mit anderen Anbietern, eine hohe Vergütung. Anderswo liegt die Caritas im Durchschnitt. Wir haben zudem eine relativ hohe Tarifbindung innerhalb der Caritas. 85 bis 90 Prozent der uns angeschlossenen Träger zahlen nach Tarif, das ist bei einer sehr dezentralisierten Struktur der Träger innerhalb der Caritas sehr gut. Darauf sollten wir stolz sein, und es ist mein wesentliches Ziel als Vorsitzender der Arbeitsrechtlichen Kommission, dass das so bleibt. Wir wissen, dass die anderen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege diesen Grad der Tarifbindung nicht erreichen.

► *Wie sieht es dort aus?*

Da weichen Träger mittels Einzelverhandlungen oder durch Nutzung anderer Tarifwerke von denen ab, die der Spitzenverband ausgehandelt hat, um besser am Markt bestehen zu können. Ich unterstelle keinem Böswilligkeit, sondern in Regel geht es darum, den Marktbedingungen entgegenzukommen. In der Caritas halten wir es nach wie vor so, dass die Lohnhöhe erst einmal demjenigen, der bei uns arbeitet, einen vernünftigen Gegenwert für seine Leistung bieten muss, erst danach müssen wir schauen, dass unter den gegebenen Marktbedingungen ein Dienst weiterbestehen kann. Als Spitzenverband setzen wir uns dafür ein, dass von den Kostenträgern entsprechende Entgelte refinanziert werden, die eine Tarifbindung ermöglichen.

► *Gewerkschaften beklagen einen Trend zum Lohndumping durch Leiharbeit. Gibt es diesen Trend zu Ausgliederungen in der Caritas?*

Wir beobachten in der gesamten Sozialbranche immer wieder Versuche, niedrige Abschlüsse zu verhandeln, daran sind die Gewerkschaften mit Haustarifverträgen durchaus selbst beteiligt. Ein nach wie vor flächendeckender Tarif mit Bandbreiten, wie ihn die Caritas hat, sichert daher vor einer Vielzahl von Einzellösungen. Wir haben über die sogenannten Elfer-Anträge (= *Öffnungsklauseln nach § 11 der Ordnung der Arbeitsrechtlichen Kommission der Caritas, die Red.*) für wirtschaftlich extrem schwierige Situationen von Trägern eine Lösung, die aber etwas anderes darstellt als einen Haustarif. Die Frage der Ausgründung muss uns als Caritas beschäftigen, weil natürlich viele Träger immer wieder versuchen, der Tarifbindung zu entkommen, indem sie Teile ihrer Einrichtungen in andere Träger ausgliedern, für die dann nicht die Tarifbindung gelten soll. Dem

wird durch die Überprüfung nach § 2 der Grundordnung ein Riegel vorgeschoben. Jetzt wird genau geklärt, welcher Betrieb teil am kirchlichen Arbeitsrecht hat und welcher Betrieb nicht.

Im Bistum Münster, wo ich einen Überblick habe, konnten wir im Kernbereich caritativer Tätigkeiten Ausgründungen verhindern. Zwar gibt es in bestimmten Bereichen, so in katholischen Krankenhäusern, Ausgründungen für ausgelagerte Tätigkeiten. Doch ist im Einzelfall immer wieder im Vorfeld diskutiert und bewertet worden, ob eine Ausgründung zur Umgehung der Tarifbindung geschieht. Das kann natürlich nicht in unserem Sinne sein. Leiharbeit sehe ich in Einzelfällen, aber das sind wirklich sehr wenige Einzelfälle. Es gibt Leiharbeit, um Belastungsspitzen oder Krankheitsprobleme auszugleichen. Systematische Leiharbeit, also Anstellung aller Mitarbeiter bei einer anderen Firma unter anderen tariflichen Bedingungen und Rückleihen in die Firma hinein, sehe ich nicht.

► *Was tut der Spitzenverband, damit diese Einzelfälle nicht anwachsen?*

Ganz einfach: Jede Ausgründung, die im Satzungszweck oder im Gesellschaftsvertrag als Zweck der Gesellschaft Leiharbeit beinhaltet, wird vom Diözesan-Caritasverband dem Bistum nicht zur Genehmigung vorgeschlagen. Man kann ja am Gesellschaftsvertrag sehen, ob ein Unternehmen Leiharbeit betreiben will. Bei den Ausgliederungen muss man in jedem Einzelfall genau die Rahmenbedingungen prüfen.

► *Vielen Dank für das Gespräch.* ◀

Die Fragen stellte Markus Lahrmann.

„Die Caritas zahlt vergleichsweise gut“, heißt ein Artikel in der Zeitschrift neue Caritas (2/2013, S. 14). Darin wird ein Tarifvergleich erläutert, der in einer Anhörung des Deutschen Bundestages vorgetragen wurde. Veröffentlicht als Ausschussdrucksache 17(11)826 des Deutschen Bundestages – und in Gänze lesenswert!

Impressum

„Caritas in NRW“
Lindenstraße 178
40233 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 51 60 66-20
Telefax: 02 11 / 51 60 66-25
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de
<http://www.caritas-nrw.de>

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Kevin Jandrey
Redaktion:
Christoph Grätz (Essen)
Markus Harmann,
Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Gerd Schnitzler (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20
Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de
Anzeigenverkauf: Harald Thomée
Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gedruckt auf Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100% chlorfrei gebleichten Faserstoffen.

ISSN 1617-2434

Unter Ideologieverdacht

Wie mit einem Buch eine Stimmung gegen die Kirche verstärkt wird

Von Bruno W. Nikles

Eine sympathisch auftretende Journalistin, mit diversen Preisen ausgezeichnet, man trifft sie in Talkshows an, und sie liest aus ihrem jüngst erschienenen Buch über kirchliche Arbeitsverhältnisse. Dabei bemüht sie unter anderem den typischen Fall einer katholischen Erzieherin, die ihren Dienst quittieren musste, weil sie nach gescheiterter Ehe eine neue Partnerschaft einging. Eva Müller berichtet jedoch nicht nur hierüber, sondern publizierte einen Rundumschlag gegen die Kirchen, das kirchlich getragene Ersatzschulwesen, die Beschäftigungs- und Vergütungsregelungen der konfessionellen Wohlfahrtsverbände und anderes mehr.

Nach dem ersten Anlesen des Textes steht man vor der Frage, ob eine journalistische Streitschrift, die sich primär dadurch auszeichnet, engagiert und polemisch zu argumentieren, überhaupt einer angemessenen fachlichen Beurteilung zugänglich ist. Das Buch erweckt den Anschein solider Recherche. Jedoch sind die ohne Beleg vorgetragenen wörtlichen oder sinngemäßen Zitate nicht verifizierbar und schaden dem Transparenzanspruch. Auch wenn eine journalistische Arbeit keinem wissenschaftlichen Anspruch genügen muss, ein Beispiel für solide recherchierenden Fachjournalismus ist sie leider auch nicht.

Trotz der geschilderten Schwierigkeiten soll dennoch der Versuch unternommen werden, auf einige der angesprochenen Themen, die die diakonische und caritative Arbeit betreffen, einzugehen.

Die Autorin thematisiert einige Aspekte, die mit der gezielten Ausgründung von Einrichtungen oder Diensten diakonischer Träger zusammenhängen. Ihr Kernargument ist, dass die Mitarbeiter(innen) zu für den Träger kostengünstigeren Bedingungen, also niedrigeren Vergütungen, beschäftigt werden. Das mag in den angesprochenen Fällen so sein, nur wird der Anschein erweckt, als handele es sich um ein grundsätzliches Phänomen. Dies ist faktisch bei den meisten kirchlichen Tarifwerken falsch. Ziemlich gewagt ist die These, dass es den Mitarbeiter(inne)n ökonomisch besser ginge, wenn die Träger den Weg des eigenen kirchlichen Arbeitsrechts verließen und künftig Vergütungen zwischen Tarifpartnern – kirchliche Arbeitgeber

auf der einen und Gewerkschaften auf der anderen Seite – ausgehandelt würden. Eva Müller hätte sich in ihrer Publikation gründlicher mit den sozial- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre befassen müssen, um den Lesern einen Blick auf die eigentlichen Hintergründe mancher Problemlagen des sozialen Dienstleistungssektor zu eröffnen. So werden etwa Pflegeleistungen, berücksichtigt man die Qualität der Ausbildung der Fachkräfte und deren Belastung, gegenüber anderen – etwa handwerklich-technischen Dienstleistungen – deutlich unterbewertet. Angesichts der privatwirtschaftlichen Öffnung des sozialen Dienstleistungssektors suchen die Sozialleistungsträger nach möglichst wirtschaftlichen Lösungen und drücken ihre Kosten letztlich zulasten der Beschäftigten, egal bei welchen Trägern sie angestellt sind. Die Vergütungen im Sozialsektor hängen von den Bedingungen geregelter Märkte ab. Nur unterhalb der von Verhandlungssphären der Sozialversicherungsträger und der öffentlichen Hände geschaffenen Rahmenbedingungen und Vorgaben gibt es einen Anbieterwettbewerb. Wenn wie in den vergangenen Jahren diese Leistungsträger aufgrund des Wettbewerbs Sparpotenziale erkennen und in den Verhandlungen durchsetzen können, dann geraten die Leistungserbringer in die Situation, dass sie auch ihre Personalkosten reduzieren müssen. Die beklagten Ausgründungen sind vor allem Reaktionen auf die sich ergebenden „Kostenscheren“ zwischen dem, was man dem Personal zahlen möchte oder aufgrund von Tarifen zahlen muss, und dem, was man refinanziert erhält. Und es gibt noch ein weiteres Phänomen: Dort, wo bis vor wenigen Jahren ausnahmslos diplomierte Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen tätig waren, sind es heute schlechter bezahlte Erzieher und Erzieherinnen. Hinzu kommt die Ersetzung von Dauerarbeitsplätzen durch befristete Projektstellen. Das ist in vielen Sozialbranchen leider unverminderter Trend und nicht den Wohlfahrtsverbänden anzulasten. Notabene haben auch Kommunen in den letzten Jahren Tätigkeitsfelder in eigene Gesellschaften ausgegründet, um aus dem Tarifwerk des öffentlichen Dienstes zu fliehen. Also bitte: Eine Schelte an solchen Vorgängen ausschließlich am Beispiel kirchlicher Träger festzumachen, das provoziert geradezu den Ideologieverdacht gegenüber einer journalistischen Arbeit!



Professor Dr. rer. soc.
Bruno W. Nikles, Universität Duisburg-Essen, befasst sich mit Fragen der Sozialplanung, Organisation und Steuerung sozialer Arbeit.

Die Autorin geht in der Gesamtrichtung ihrer Vorwürfe und Argumentationen fehl. Sie klagt die Kirchen mit ihren gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden an, weil sie einen sozialwirtschaftlichen Rechtsraum gestalten, der ihnen seit der Weimarer Verfassung – mit Unterbrechung durch die Zeit des Nationalsozialismus und der DDR – in einem demokratischen Rechtsstaat zugebilligt wird. Dieses Recht kann man ja durchaus unpassend finden, ja sogar demokratisch bekämpfen. Aber diejenigen, die geltendes Recht ausüben und gestalten, darf man nicht deswegen anklagen, dass sie das tun und sich dabei auch noch unter die staatlichen Kriterien der Gemeinnützigkeit stellen. Denn auch die steuerlichen Gemeinnützigkeitsvorschriften haben ihre Haken und stellen die Träger nicht in jeder Beziehung besser. Um dies darzulegen, bedürfte es allerdings eines spartenbezogenen ausführlichen finanzwirtschaftlichen Diskurses. Wenn wir wieder zu den Arbeitsverhältnissen zurückkehren, so muss auch noch ein anderer Punkt thematisiert werden. Die sozialen Dienstleistungen lassen sich nur vor Ort ausüben und lassen den Trägern kaum einen „Mobilitätsspielraum“. Große Industriekonzerne lagern, was die Kirchen sowie Diakonie und Caritas nicht können, ganze Abteilungen unter dem Motto „Shared Services“ ins osteuropäische Ausland oder global aus. Die Kostenvorteile liegen dabei nicht bei zwei oder fünf Prozent, sondern im zweistelligen Bereich. Die Gehälter bewegen sich manchmal nicht einmal auf der Höhe eines Viertels der in Deutschland zu zahlenden Vergütungen – und in Deutschland fallen zeitgleich die Jobs weg! Nun kann man das in manchen Fällen noch als „Entwicklungshilfe“ verkaufen, wenn denn nicht die Vergütungen der Manager(innen) zeitgleich exorbitant in die Höhe schnellen würden. Hoffentlich passiert uns das in Krankenhäusern nicht auch irgendwann: Wir werden auf eine Operation vorbereitet, zur preiswerten Operation ins Ausland geflogen, zurückgebracht und „nachversorgt“.

Private Krankenhäuser bedienen die Aktionäre

Apropos Krankenhäuser. Zu den kirchlichen Krankenhäusern heißt es bei Müller: „Von ihrem Geld gibt die Kirche nichts in das laufende Geschäft“ (S. 107), und sie lässt sogleich einen Oberkirchenrat sprechen: „Wir wären pleite, wenn wir das ein halbes Jahr so machen würden.“ Müllers Argumentation läuft darauf hinaus, dass „öffentlich finanzierte“ (was heißt das eigentlich?) Einrichtungen nicht den Weg eigenen kirchlichen Arbeitsrechts gehen dürften. Die Verfasserin verschweigt den

Sachverhalt, dass seit Jahren mit massiven Marktzuwächsen auch gewinnorientierte und teils börsennotierte Konzerne in gleicher Weise finanziert werden. Eine privatwirtschaftlich geführte Klinikette ist ebenso „öffentlich finanziert“, doch sie bedient zudem noch ihre Aktionäre, und auch dies aus den Erträgen des solidarischen Krankenversicherungssystems! Würde Eva Müller verlangen, dass die Vergütungssysteme sich dort strikt am Tarif des öffentlichen Dienstes ausrichten müssen? Sollten die Aktiengesellschaften erwirtschaftete Gewinne an die Krankenversicherungen abführen? Vom generellen Unterschied zwischen gemeinnützigen und gewinnorientierten Unternehmungen der Sozialwirtschaft erfährt der Leser nichts.

Abschließend sei angesprochen – von Eva Müller kann dies angesichts ihrer ideologischen Positionierung wohl nicht mehr erwartet werden –, dass die kirchliche Wohlfahrtsarbeit sich nicht in der Tätigkeit refinanzierter Sozialunternehmen erschöpft. Die entfaltete organisatorische Logistik ermöglicht auch die Unterstützung von Hilfen und Diensten, die wesentlich von Ehrenamtlichen und Freiwilligen getragen und nicht durch öffentliche Kassen finanziert werden. Sie werden vielfach „huckepack“ genommen und auch quersubventioniert. Der Vorteil kirchlicher Wohlfahrtsverbände besteht zudem darin, dass sie sich sehr fundiert in der Sozialpolitik engagieren und damit auch eine Anwaltsfunktion für Menschen wahrnehmen. Dies und die pastorale Arbeit werden aus kirchlichen Mitteln finanziert. Das wird immer schwieriger, weil Menschen wie Eva Müller aus der Kirche ausgetreten sind oder nicht mehr in die Kirchen eintreten. Eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Kirche bedarf eines deutlich höheren Argumentationsaufwandes. Debatten über unterschiedlich geregelte Arbeitsverhältnisse müssen mit Daten und Fakten hinterlegt werden. Und die Tätigkeit gemeinnützig geführter und nicht allein nach ökonomischen Kriterien arbeitender Sozialunternehmen kann nur in einem größeren gesellschaftspolitischen Zusammenhang angemessen reflektiert werden. Müllers Publikation vermag aufzuregen oder den Leser in seiner Voreingenommenheit zu bestärken. Sie klärt im eigentlichen Sinne leider nicht auf. Das ist schade, denn wir brauchen eine sachgerechte und engagierte Debatte über die Zukunft sozialer Dienste und der Sozialwirtschaft. ◀

Foto: © version-foto



Müller, Eva: Gott hat hohe Nebenkosten. Wer wirklich für die Kirchen zahlt. Köln: Kiepenheuer und Witsch 2013 (14,99 Euro)

Ausgebombt und gefoltert

Mit 150 Zelten ist das Lager Delhamiye in der libanesischen Bekaa-Ebene eines der größten. Die weißen Planen spendete die Caritas Österreich, um die Zelte etwas mehr winterfest zu machen.
Foto: Lahrmann

Caritas international hilft syrischen Flüchtlingen in Jordanien und im Libanon

Der Bürgerkrieg in Syrien nimmt an Brutalität zu. Immer mehr Menschen fliehen in die Nachbarländer. Markus Lahrmann hat mit einem Team von Caritas international die Flüchtlingszentren in Jordanien und im Libanon besucht und viel Gutes über die Arbeit der örtlichen Caritas erfahren.

„Ich bin ein einfacher Arbeiter und wohnte bei Aleppo. Die Luftangriffe, die Bomben, die Schießereien – wir haben das nicht mehr ausgehalten. Einmal gab es 27 Tage nacheinander Luftangriffe und Schießereien, dann ist die Armee in die Häuser eingedrungen. Sie haben Kinder und alte Leute umgebracht, geraubt und geschlagen. Mich haben sie gefangen genommen, gefoltert und beschimpft und geschlagen.“ Mit leiser Stimme, immer wieder stockend, als wäre er schwer traumatisiert, berichtet der junge Syrer, der als Namen Mohammed angibt, von seiner Flucht aus dem Bürgerkriegsland Syrien.

Wir sind in einem Caritas-Flüchtlingszentrum in Madaba, einer Kleinstadt südlich der jordanischen Hauptstadt Amman. Im Innenhof neben einer kleinen Kirche warten rund 50 Frauen, Männer und einige Kinder. Mohammed kam einige Zeit später frei, so berichtet er weiter, ging dann mit seiner Familie nach Damaskus „in der Hoffnung, dass sie uns dort nicht finden“. Aber auch in Damaskus wurde er festgenommen, und als er doch

wieder freikommt, macht er sich mit seiner Frau und den kleinen Kindern im Alter von nun vier, sechs und acht Jahren auf den Weg und überquert schließlich die Grenze an einem unbewachten Abschnitt. „Wir konnten nichts mit uns bringen, kein Geld, keine Vorräte“, sagt Mohammed. Im November gelangten sie in das große Flüchtlingscamp Saatari, es ist kalt, regnet, die Zelte sind undicht. „Hier in Madaba geht es uns jetzt besser“, sagt er.

Rund 400 000 Flüchtlinge hat Jordanien bislang aufgenommen, eine unglaubliche Leistung für ein kleines Land mit rund sechs Millionen Einwohnern. Die Zahlen steigen, derzeit suchen jeden Tag durchschnittlich 2 000 neue Flüchtlinge in Jordanien Schutz. Weil das Land Angst vor sozialen Spannungen hat, versuchte es bisher, die Errichtung großer Flüchtlingslager zu vermeiden, lediglich Saatari nahe der syrischen Grenze fungierte als Auffanglager, dort leben rund 90 000 Menschen. Der Flüchtlingsdruck überall im Land wächst, die Mieten sind explodiert, Preise für Lebensmittel steigen, es gibt fast keine Arbeit für die Neuankömmlinge.

Caritas Jordanien hat sich entschieden, denen zu helfen, die im ganzen Land verstreut leben. In den Caritas-Flüchtlingszentren wie in Madaba müssen sich die Hilfesuchenden registrieren lassen. Ihre Daten werden mit der landesweiten Datenbank der Caritas abgeglichen. Das dient nicht nur dazu, Zahlen und einen Überblick zu behalten, sondern auch dazu, den Missbrauch von

Inzwischen ist rund eine Million Menschen aus Syrien geflohen. Achtzig Prozent der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder. Nach zwei Jahren Krieg kommen sie oft vollkommen mittellos in den Zentren an. Ihre Situation verschlechtert sich zunehmend, weil auch die aufnehmenden Länder mehr und mehr überfordert sind. Die zugesagte internationale Hilfe ist bislang nur zu einem kleinen Teil ausgezahlt worden.

Caritas international leistet Hilfe für die Flüchtlinge in zwölf Caritas-Zentren in Jordanien und im Libanon.

Spendenkonto 202

Bank für Sozialwirtschaft Karlsruhe

BLZ 660 205 00

Stichwort: Nothilfe Syrien

Leistungen zu verhindern. Meist besuchen Hauptamtliche oder Freiwillige die Antragsteller zu Hause, um die Bedürftigkeit zu prüfen. Per Handy (das Handy ist das einzige effektive Kommunikationsmittel auch für die syrischen Flüchtlinge) werden die Familien dann zu einem festen Termin einbestellt, um Hilfsgüter zu empfangen. So kann die Caritas verhindern, dass Flüchtlinge, die von verschiedenen Bürgerkriegsparteien stammen, bei der Ausgabe von Hilfsgütern aufeinanderprallen. Im Flüchtlingszentrum von Madaba geht es friedlich zu. Jede Familie (mit mindestens vier Angehörigen) erhält heute vier Decken und eine Box mit Hygieneartikeln. „Als Caritas haben wir von Anfang an für alle gearbeitet, die in Not sind und bedürftig“, erklärt Wael Suleiman, Direktor der Caritas Jordanien, später. In einem Land, in dem 95 Prozent der Einwohner Muslime sind, wirkt die Caritas als sozialer Arm der katholischen Kirche. „Die Menschen spüren, dass sie bei der Caritas respektiert werden“, sagt Suleiman. „Unser Traum ist es, die Welt zu ändern.“

Opfer von beiden Seiten

Wenige Tage später im Libanon: „Keine Fotos, keine Fotos“ – Ablehnung und Angst stehen den Menschen ins Gesicht geschrieben. Sie haben uns in ihr Zelt eingeladen, das seit einigen Tagen ihr neues Zuhause ist. Am Rande der Bekaa-Ebene am Fuß der Berge stehen acht Zelte, ein barmherziger Libanese erlaubt syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen, hier umsonst zu wohnen. Ahmal (57), seine Frau Mona (53) mit ihren Töchtern Delal (25) und Minya (19) und drei kleinen Kindern leben hier – mit Teppich, dünnen Matratzen und einigen Habseligkeiten, die sie auf ihrer Flucht aus Syrien mitnehmen konnten. Wir sitzen auf dem kalten Boden, trinken den angebotenen Tee und hören ihre Geschichte: Sie wohnten in einem Vorort von Damaskus, erleben die Kämpfe und das Morden der Assad-Soldaten. Minya muss als Sozia auf einem Motorrad miterleben, wie vor ihr der Fahrer erschossen wird. Als ihr Haus einen Granaten-Treffer erhält und zerstört wird, fliehen sie. Sie halten zur Freien Armee, gegen den Diktator Assad. Alle in ihrem Stadtviertel seien politisch einer Meinung, sagt Ahmal. Und dann bricht es aus ihm heraus: „Warum greifen die westlichen Staaten nicht ein?“, fragt er uns. „Wir wollen keine Spenden, wir wollen kein Essen, wir wollen zurück nach Syrien.“ Zurückgehen werden sie, „wenn Assad verschwindet“, sagt Ahmal. Ungefähr drei Stunden später sitzen wir nicht weit entfernt in der Stadt Zahleh in einer kleinen Wohnung

bei einer christlichen Familie, die aus Syrien geflüchtet ist. Ein altes Ehepaar mit seiner erwachsenen Tochter (Georges, 76, Mariam, 62, und Mirna, 32) lebt hier ohne Strom, nur mit einem kleinen Ofen und zwei Betten, und sie beweinen ihr Unglück: Auch sie wohnten in einer kleinen Stadt nahe Damaskus. Als die Krise begann, kamen die Rebellen als Erstes zu ihnen und forderten sie auf, die Stadt zu verlassen. Diese Region gehöre jetzt den Muslimen, sagte man ihnen. Sie haben alles verloren, was sie einmal besaßen. Sie berichten über Kidnapping und Erpressung, die Kirchen und Glaubensbilder sind zerstört, das Haus ihrer Schwester haben die Rebellen besetzt. „Wir wollen die Ordnung und die Sicherheit zurück, die vor der Revolution herrschten“, sagt Mirna. Kein Zweifel, sie halten zu Assad, sie hoffen, dass er die Oberhand behält. Es lässt sich leicht vermuten, dass sie für seinen Sieg auch beten. „Wenn Gott will, werden wir zurückkehren“, sagt Mirna, „aber wenn die Rebellen gewinnen, werden wir nicht gehen“, fügt sie hinzu.

Beide Geschichten gehen unter die Haut. Es ist einfach, sich mit Betroffenen zu identifizieren und sich in ihr Schicksal einzufühlen. Die Verteilung von „Gut“ und „Böse“ ist bei beiden Familien allerdings genau entgegengesetzt. In vielen westlichen Medienberichten ist Assad der Schurke, sind die Rebellen Freiheitskämpfer. Doch die Wahrheit ist komplizierter. Opfer finden sich auf beiden Seiten – und sie sind die wahren Verlierer. Als Caritas-Mitarbeiter ist klar: Die Caritas hilft den Opfern – auf beiden Seiten. ◀



Mindestens vier Personen müssen zu einer Familie gehören, damit sie von der Caritas Jordanien Unterstützung erhält.

Foto: Christian Laas, Caritas



Die wollen nur spielen

Regelmäßig besuchen Hunde die Tagespflege der Caritas

Heute ist Alfred Helbig der Hahn im Korb – der einzige männliche Gast unter zehn Frauen in der Tagespflege des Caritasverbandes für die Region Kempen-Viersen. Aber gegen die Stars des Tages hat der 79-Jährige trotz seines Charmes kaum eine Chance: Acht Hunde wuseln durch den gemütlichen Aufenthaltsraum und ziehen die Aufmerksamkeit der alten Menschen auf sich. Die füttern die quirligen Vierbeiner mit Futter, das ihnen Hundebesitzer Detlev Therés gibt.

Alle 14 Tage besucht der 54-Jährige mit seinen Terriern die Gäste der Tagespflege. „Ich weiß, dass sich die Senioren darauf freuen“, sagt Therés – für ihn ein schöner Lohn für sein ehrenamtliches Engagement. Das bestätigt Alfred Helbig: „Der Besuch ist eine schöne Abwechslung. Die Tiere sind sehr lieb, die haben nur Spielen im Kopf“, lächelt der Breyeller, der selbst einen Hund hat.

Spaß an den lebhaften Terriern hat auch Gertrud Fernand, die älteste Bürgerin Nettetals. Die 104-Jährige kommt fünfmal die Woche hierher, sie wohnt bei ihren Kin-

In der Nettetaler Tagespflege des Caritasverbandes werden die Gäste auf Wunsch montags bis freitags jeweils von 8.00 bis 16.30 Uhr betreut. Sechs Mitarbeiterinnen kümmern sich um die Senioren. Zu Fragen der Finanzierung bietet die Tagespflege eine individuelle Beratung an. Wer sich für das Angebot interessiert, kann einen kostenlosen Schnuppertag in Anspruch nehmen.

Kontakt: Petra Beck, Tel. 0 21 53 / 91 64 16

Die Freude beruht ganz auf Gegenseitigkeit: Die Gäste der Tagespflege und die quirligen Hunde von Detlev Therés mögen sich.

Foto: Georg Maria Balsen

dern, die auch schon über 70 sind. „Weil unsere Gäste den Tag bei uns in Gemeinschaft verbringen, entlasten wir die Angehörigen“, sagt Petra Beck, die Leiterin der Nettetaler Einrichtung. So werde die Betreuung auf mehrere Schultern verteilt – und der Umzug in ein Pflegeheim häufig vermieden. Viele Gäste der Tagespflege sind demenziell verändert, manche leiden an Parkinson, andere an einer Depression. „Aber wir haben auch alte Menschen bei uns, die sich tagsüber zu Hause einsam fühlen“, berichtet Petra Beck. Sie nutzen gerne die angebotenen Aktivitäten: Gymnastik, Gedächtnistraining,

spezielle Bewegungsübungen oder auch jahreszeitliche Aktivitäten und Feste.

„Viele wissen nicht, dass die Pflegekassen den Besuch einer Tagespflege extra bezuschussen“, sagt Beck. Je nach Pflegestufe könne man 225, 550 oder sogar 755 Euro im Monat in Anspruch nehmen – und zwar unabhängig vom Pflegegeld. Darüber hinaus zahlen die Kassen weitere 100 oder 200 Euro im Monat, wenn jemand einen erhöhten Betreuungsaufwand hat, etwa wegen einer Demenzerkrankung. Dieses Geld könnten die Senioren nutzen, um den Eigenanteil von knapp 19 Euro pro Tag zu senken oder ganz erstattet zu bekommen, erläutert Beck: „Das hängt auch davon ab, wie viele Tage sie zu uns kommen.“ Die meisten Gäste besuchen die Einrichtung an einem bis drei Tagen in der Woche, manche sind von montags bis freitags da.

„Wir bekommen hier viel Spaß miteinander“, erzählt Alfred Helbig. Dann wendet er sich wieder seinen vierbeinigen Freunden zu, streichelt und füttert sie. Filou, Roxy, Urmel und die übrigen fünf Hunde fühlen sich offenbar wohl bei den Gästen der Tagespflege. „Die Tiere merken, wenn sie willkommen sind“, sagt Detlev Therés. ◀

Georg Maria Balsen



Die Teilnehmer des HausNotRuf-Kooperationspartner-Treffens 2012 beim Caritasverband für die Region Mönchengladbach-Rheydt e.V.
Foto: Caritas

HausNotRuf-Treffen

Über Trends und Innovationen rund um den HausNotRuf informierten sich 22 Mitarbeiter aus verschiedenen Caritasverbänden in Mönchengladbach.

Gleichzeitig tauschten sie Ideen und Erfahrungen aus. Zu dem Treffen hatte der Caritasverband für die Region Mönchengladbach-Rheydt seine 15 HausNotRuf-Kooperationspartner eingeladen. Die Mönchengladbacher

Zentrale des Dienstes ist eine der modernsten bundesweit. Bereits seit vielen Jahren betreibt der Caritasverband in Mönchengladbach mit seinem HausNotRuf eine geräteunabhängige Zentrale. Er bietet anderen Caritasverbänden die Möglichkeit, ihre eigenen Hausnotruf-Kunden dort aufzuschalten. Diese bewährten Kooperationen werden in Zukunft auch aus wirtschaftlichen Gründen noch größere Bedeutung erhalten. ◀

Alois Bushoven



Das Seniorenwohnprojekt „Plan A“ hat 5 000 Euro von der Caritas-Gemeinschaftsstiftung für das Bistum Aachen erhalten. Das Geld wird für den Gemeinschaftsraum und den Garten im Neubau an der Osterather Straße in Willich verwendet. Den Förderscheck überreichten Martin Novak (3. v. r.) und Ferdinand Plum (2. v. r.) vom Vorstand der Caritas-Gemeinschaftsstiftung an Gisela Duinmeyer (2. v. l.), die Vorsitzende des Vereins „Plan A“. „Uns hat beeindruckt, dass die künftigen Bewohner das Projekt selbst in die Hand genommen haben. Diese Eigeninitiative wollen wir fördern“, betonten Novak und Plum. Im Frühjahr werden die 18 barrierefreien Wohnungen im derzeit entstehenden Neubau der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft (GWG) des Kreises Viersen AG bezogen. Über die Unterstützung für „Plan A“ freuten sich auch Peter Babinetz, Geschäftsführer des Caritasverbandes für die Region Kempen-Viersen (l.), und Marita Gentsch (r.), die Initiatorin des Projekts und Leiterin des Willicher Freiwilligen-Zentrums der Caritas.

Foto: Georg Maria Balsen

Innovative Online-Beratung

Eine individuelle Antwort innerhalb von zwei Werktagen verspricht der Caritasverband Düren-Jülich Hilfesuchenden bei seiner neuen Online-Beratung zu Themen rund um das Leben im Alter. Wer Fragen hat zum Wohnen, zu Hilfen im Haushalt oder zur Pflege zu Hau-

se und im Heim oder als pflegender Angehöriger Rat sucht, erhält unkompliziert sachkompetente Antworten durch erfahrene Berater der Caritas. Der Service ist vertraulich, kostenlos und datensicher. Besonderer Pluspunkt ist die Unabhängigkeit von Öffnungszeiten und Anfahrtswegen – lediglich eine Anmeldung ist erforderlich. ◀

www.caritas.de/onlineberatung/lebenimalter

Ehrungen

Das **Goldene Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten: am 18. November 2012: **Maria Buchholz, Marlies Kalbhen, Franziska Kruschke, Elisabeth Lauven, Ruth Neumann, Uschi Rödiger, Thea Rong, Maria Savelsberg, Annemarie Schaberger, Cläre Thelen, Anni Viehs, Trudi Wirtz**, kath. Pfarrgemeinde St. Sebastian, Aachen; am 20. November 2012: **Ruth Gebel, Marianne Giesen, Rita Hattstein, Gisela Hollenbach**, IN VIA Krefeld e.V.; am 22. November 2012: **Hedwig Goede, Jules Van Opijnen**, St.-Antonius-Hospital, Eschweiler; am 29. November 2012: **Marie-Luise Baldner**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und -Land e.V.; am 5. Dezember 2012: **Karin Deutzer, Angelika Franzen, Ewald Heup, Monika Hor-**

bach, Ambrosina Lopes Miranda, Schwester Felice Milcher, Ricky Mura, Petra Neumann, Kerstin Steinau, Marienhospital, Aachen; am 12. Dezember 2012: **Doris Franken**, St. Josef-Krankenhaus, Linnich; am 7. Januar 2013: **Maria Reyans**, Pfarrverband St. Servatius, Selfkant; am 17. Januar 2013: **Gerta Mertens, Helga Plum**, Pfarrverbund St. Servatius, Selfkant; **Luzia Claas, Hubert Freund, Iona Lürken**, Vinzenzheim, Aachen; am 23. Januar 2013: **Marliese Heuser**, Pfarrcaritas Kirchberg; am 24. Januar 2013: **Greta Alsem-Geys, Margaret Douvern, Michael Heising, Beate Marciniak, Günter Nellissen, Ursula Wieser, Dr. Klaus-Dieter Winkelmann**, Bethlehem Gesundheitszentrum Stolberg; am 9. Februar 2013: **Ursula Ante**, kath. Kirchengemeinde St. Hildegundis, Meerbusch.



Tango für Trauernde

Caritasverband startete ungewöhnliches Projekt

„Darf ich bitten?“, hieß es jüngst sechsmal im Viersener Haus der Caritas. Der Caritasverband für die Region Kempen-Viersen veranstaltete einen Tango-Kurs für Trauernde – ein gelungenes Experiment. Sechs Paare durchqueren zur rhythmischen lateinamerikanischen Musik das Bistro im Haus der Caritas, zwei Männer sind dabei, so dass sich zwei gemischte und vier Frauen-Paare gefunden haben. Sie üben die „Ochos“, die getanzten Achten im Tango, und das Kreuzen, ein weiteres typisches Element des Improvisationstanzes. Gemeinsam ist den zwölf Tänzern, dass sie trauern: Jeder von ihnen hat vor einiger Zeit den Partner durch Tod verloren.

Lächelnd bewegt sich Mechtild Herzogenrath über die Tanzfläche. Vor etwas mehr als zwei Jahren starb ihr Mann an einem Hirntumor. Das Paar war 19 Jahre zusammen und führte eine sehr enge Beziehung. „Das erste Jahr nach seinem Tod war einfach nur Horror“, berichtet die 48-jährige Schwalmtalerin. Inzwischen erlebt sie Phasen, in denen es ihr besser geht. Aber es fol-

Mehr als eine Ablenkung von der Trauer um den Partner: Für die Teilnehmer des Tango-Kurses war das Tanzen auch ein Neuanfang.

Foto: Georg Maria Balsen

gen immer wieder auch „ganz fürchterliche Zeiten“, in denen die Trauer ungeheuer präsent ist. Ein ständiges Auf und Ab. Sie fühle sich immer noch unsicher und sehr verletztlich, und deshalb betrachtet sie den Tango-Kurs auch als eine kleine Mutprobe: „Kann ich mich auf so etwas einlassen? Wie ist es, mit jemandem zu tanzen und körperliche Nähe zuzulassen?“

Zwar mag sie Musik und bewegt sich gern dazu, aber in eine Tanzschule wäre Mechtild Herzogenrath nie gegangen. „Hier tragen alle noch die Trauer in sich, das macht es leichter“, erklärt sie. Das bestätigt Susanne Kiepke-Ziemes, die die Idee zu dem ungewöhnlichen Projekt hatte: „Tango kann die Trauerbewältigung sehr gut unterstützen. Unsere Teilnehmer machen sich auf, knüpfen Kontakte und lernen, sich selbst neu zu fühlen“, sagt die Koordinatorin des Projekts „Würdige Sterbebegleitung“ des regionalen Caritasverbandes. Die Tango-Tänzer sind Besucher des „Trauercafés“ für Angehörige.

„Tango ist Improvisation und Körperkommunikation“, weiß Karin Rast, die den Kurs leitet. Die Ärztin und Tangolehrerin weist darauf hin, dass jeder Tänzer mal in der Rolle des Führenden und mal in der des Folgenden ist. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kurses hätten sich füreinander geöffnet.

Mechtild Herzogenrath hat die insgesamt sechs Abende genossen. Der Tango-Kurs sei eine wichtige Erfahrung für sie gewesen, denn: „Wenn man trauert, ist man buchstäblich am Boden zerstört. Tango zwingt einen, eine aufrechte Haltung einzunehmen.“ ◀

Georg Maria Balsen

Ehrungen

Das **Silberne Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten: am 18. November 2012: **Agnes Klöcker**, kath. Pfarrgemeinde St. Sebastian, Aachen; am 22. November 2012: **Irene Djantar, Jörg Galinski, Sabine Günther, Barbara Krahn, Michael Marek, Angelika Wenige, Bärbel Wohlert**, St.-Antonius-Hospital, Eschweiler; am 29. November 2012: **Anna Mrowiec, Gudrun Peters, Liselotte Preß**, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und -Land e.V.; im Dezember 2012: **Thomas Dahmen**, Hermann-Josef-Haus, Kall-Urft;

am 12. Dezember 2012: **Dagmar Stelter, Walter Jansen**, Haus Maria Frieden, Jüchen; am 17. Januar 2013: **Lothar Brehmen, Margret Dederichs, Willi-Martin Esser, Heidi Kaiser**, Vinzenzheim, Aachen; am 24. Januar 2013: **Anita Beckers, Andrea Bock, Andrea Freisinger, Simone Heine, Rosemarie Jacobi, Dr. Issam Karkour, Susanne Kortmann, Fine Neuenfeld, Elke Steverding, Gaby van Thriel-Stollenwerk**, Bethlehem Gesundheitszentrum Stolberg; am 25. Januar 2013: **Anna Elisabeth Gernikeites, Ralf Moß**, Caritasverband für die Region Heinsberg e.V.

Caritas-Telegramm

Foto: Schnitzler



Aachen. 90 leitende Mitarbeiter aus Pflegediensten und Altenheimen informierten sich kürzlich beim Diözesan-Caritasverband über das Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG). Dieses regelt etwa die Förderung von Wohngemeinschaften von Menschen mit erheblichem Betreuungsbedarf oder die Ausstattung von gemeinsamen Wohnungen mehrerer Menschen mit Pflegebedarf. Gestärkt wurde die Souveränität der Kunden im Sinne des Verbraucherschutzes gegenüber Pflegekassen und Medizinischem Dienst. Auch pflegende Angehörige werden demnächst bessergestellt. Heftige Kritik übten die Teilnehmer an den Pflegekassen, die eine angemessene Refinanzierung der Pflegedienste blockieren – zum Schaden der Pflegebedürftigen. Insgesamt setzte das PNG, so die einhellige Meinung der versammelten Fachleute, zwar interessante neue Impulse, komme aber an vielen Stellen aufgrund der finanziellen Begrenzungen über eine Flickschusterei im Bestehenden nicht hinaus.

Christoph Finkeldey, Jürgen Spicher, Heike Josephs, Herbert Römer

Foto: Balsen



Mönchengladbach. Seine Landschaftsbilder zeigen die Schönheit des Niederrheins quer durch die Jahreszeiten. Otto Eismann malt fast jeden Tag. Eine Auswahl seiner aktuellen Ölbilder auf Leinwand war im Caritaszentrum Holt zu sehen – hier lebt Eismann seit drei Jahren. „Meine Welt ist die Malerei“,

sagt der ausgebildete Kunstmaler, der in Sachsen-Anhalt aufwuchs und als junger Mann Historienmaler werden wollte. Seit April 2010 wohnt der inzwischen 91-Jährige im Caritaszentrum Holt. Seine Bilder entstehen nach Fotos, die er selbst aufgenommen hat. Sie zeigen schöne Orte von Kleve bis zur Nordeifel – Bruchlandschaften, Seenplatten, Flussläufe und grüne Felder.

Georg Maria Balsen

Kreis Viersen. Einen völlig neuen Weg geht der Caritasverband für die Region Kempen-Viersen, um die Betreuung sterbender Menschen und ihrer Angehörigen zu verbessern: Er bildet Pflegefachkräfte zu systemischen Beratern für Schwerstkranke und deren Familien fort. „Die Menschen wollen zu Hause sterben“, sagt die Bereichsleiterin Beate Caelers. Das sei für alle Beteiligten eine schwierige Situation. Bisher hätten die Caritas-Pflegefachkräfte die Familien kompetent zu allen Sachthemen beraten, etwa zu der Frage, wie sie Pflegehilfsmittel oder Zuschüsse erhalten. „Wir müssen uns aber auch damit beschäftigen, wie wir das häusliche Umfeld stärken und stützen können“, erläutert Caelers. Ihre Kollegin Susanne Kiepke-Ziemes,

Foto: Balsen



die das Projekt „Würdige Sterbebegleitung“ der Caritas koordiniert und selbst Familientherapeutin ist, entwickelte mit ihr die Idee zur Fortbildung. Jüngst fand die Basisveranstaltung der einjährigen Fortbildung für die Pflegefachkräfte statt.

Georg Maria Balsen

Düren. Das St.-Marien-Hospital ist seit 2010 Mitglied im Westdeutschen Darmzentrum (WDC). Alle Fälle einer Krebserkrankung des Dick- oder Mastdarmes werden an das WDC gemeldet. Die Auswertung der Daten für das Jahr 2011 liegt jetzt vor. Die Ergebnisse der Chirurgischen Klinik des St.-Marien-Hospitals sind sehr gut und liegen zum Teil weit über den – insgesamt im Zentrum sehr guten – Durchschnittswerten. „Der Vergleich mit anderen Kliniken über ein neutrales Zentrum belegt die hohe Qualität der Behandlung im St.-Marien-Hospital. Wir werden uns auch weiterhin diesem Vergleich im Interesse unserer Patienten stellen“, sagte Peter Bülow, leitender Oberarzt der Chirurgie. Darmkrebs sei sowohl bei Frauen als auch bei Männern die zweithäufigste Tumorart nach Brustkrebs bzw. Prostatakrebs. Das Risiko einer Erkrankung steigt mit zunehmendem Alter an.



Peter Bülow (l.) und Dr. med. Dieter Reichenbacher (r.) begutachten die Ergebnisse des Westdeutschen Darmzentrums.

Foto: K. Erdem

K. Erdem

Erkelenz. Eine Broschüre des regionalen Caritasverbandes im Kreis Heinsberg stellt unter dem Motto „Mein Experte fürs Leben“ sehr persönliche Geschichten „von Menschen über Menschen“ mit Lebenserfahrung vor. Ein Buch, das Alt und Jung verbinden kann. „Wir brauchen die Menschen, die uns sagen: Frag mich doch mal“, sagte Regionaldekan Gottfried Maria Graaff, der als einer von 20 Autoren einen eigenen Erfahrungsbericht vom Bauernhof seiner Familie beisteuerte. Das Buch zeigt, wie viel das Wissen und die Lebenserfahrung älterer Menschen den Jüngeren geben können. Erhältlich ist es für 8,50 Euro bei der Buchhandlung Gollenstede in Heinsberg und in den Einrichtungen des Caritasverbandes für die Region Heinsberg.



Die ersten druckfrischen Exemplare des „Experten“-Buches nahmen Autoren und Initiatoren entgegen.

Foto: Jürgen Laaser

Angelika Hahn



*Kämpferisch gab sich Andreas Meiwes, Direktor der Caritas im Ruhrbistum, zum Auftakt der Jahreskampagne „Familie schaffen wir nur gemeinsam“: Das jetzige Betreuungsgeld sei ungerecht.
Foto: Christoph Grätz*

Familie schaffen wir nur gemeinsam

Auftakt zur Jahreskampagne in Essen – Meiwes fordert Klimawandel

„Wir brauchen einen Klimawandel für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft!“ Mit dieser Aufforderung eröffnete Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes die Auftaktveranstaltung der Ruhr Caritas zum verbandseigenen Jahresthema „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ in Essen.

Meiwes skizzierte die familienpolitischen Forderungen des katholischen Verbandes. Die Caritas appelliere an Politik, Gesellschaft und Arbeitswelt, die Leistung von Familien anzuerkennen, und wolle mehr Zeit für Familien ermöglichen. „Solange Väter oder Mütter, die ihr Kind aus der Kita abholen müssen, sich mit der Entschuldigung eines Anschlusstermins vom Arbeitsplatz verabschieden müssen, sind wir noch nicht da, wo wir hinwollen“, erläuterte der Caritasdirektor. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eines der großen Anliegen erfordere Konzepte flexibler Arbeitszeitmodelle, die etwa Pflegezeiten von Angehörigen berücksichtigten. Ein weiteres Ziel sei die Entwicklung bedarfsgerechter Angebote der Kinderbetreuung.

Weitere Infos zur Kampagne „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ unter www.caritas.de/familie

Konkret wird sich die Caritas im Wahljahr 2013 mit Themen beschäftigen wie Betreuungsgeld, U3-Ausbau und dem Bildungs- und Teilhabepaket. „Wir sehen“, so Meiwes, „einen Schwerpunkt der Familienpolitik in der Bekämpfung der Bildungsarmut. Dabei haben wir hier im Ruhrbistum besonders Familien mit Migrationshintergrund im Blick.“ Aber die Caritas will sich auch selbst in die Pflicht nehmen, etwa beim Ausbau familienentlastender und bedarfsgerechter Strukturen und Hilfesysteme.

„Ein großes Manko der Familienpolitik der Bundesregierung ist, dass es keine Zielbestimmung für diese Politik in Deutschland gibt“, erklärte Meiwes. „Wir kritisieren die Konzentration auf Geldleistungen, die meistens schneller umgesetzt werden, aber nicht immer und unbedingt nachhaltig wirken.“ Viel effektiver seien Strukturverbesserungen in der Betreuung, in Bildung und Teilhabe von benachteiligten Familien. „Geldleistungen wie das Betreuungsgeld werden mit dem Gießkannenprinzip vergeben, ohne dabei wirklich diejenigen zu begünstigen, die darauf angewiesen sind: Alleinerziehende, Familien oder Teilfamilien im Hartz-IV-Bezug, Geringverdiener.“ Hinzu komme, dass viele Leistungen wie etwa Kindergeld und Elterngeld auf ALG-II-Leistungen angerechnet würden. Auch das Betreuungsgeld sei verbesserungswürdig. Meiwes nannte ein Beispiel: „Die alleinerziehende Mutter, die ihr Kind für 25 Stunden in der Woche in die Kita gibt, um ihren Schulabschluss zu machen, bekommt ihre Erziehungsleistung nicht honoriert, während eine Managerin mit einer 50-Stunden-Woche, die eine Kinderfrau einstellt, für ihre Erziehungsleistung durch das Betreuungsgeld gewürdigt wird. Das ist ungerecht.“

In Bezug auf den Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder erklärte Meiwes: „Wir begrüßen grundsätzlich den Ausbau der U3-Betreuung, da sie eine echte Entlastung für Eltern bringen kann und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen kann. Die hastige Umsetzung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz darf jedoch nicht dazu führen, dass hier Provisorien geschaffen werden, die unseren Qualitätsansprüchen nicht genügen.“ ◀ *ChG*

Mamamia-Muffins

Mutter-Kind-Kur-Beratung freut sich über Geld-Segen von Bäcker Peter

„Mit kleinen Kuchen Großes leisten – Muffins machen's möglich“ – so oder ähnlich könnte der Slogan des sozial engagierten Bäckereibetriebs „Peter“ in Essen lauten, der mit einer Sonderverkaufsaktion von Muffins insgesamt 14 000 Euro erbacken konnte.

Bezeichnenderweise hießen diese Muffins „Mamamias“ – ein dem Spendenzweck angemessener Name, kommt der Erlös doch der Mutter-Kind-Kur-Beratung der Caritas im Ruhrbistum zugute. Was konkret bedeutet: Mit dem Geld wurde der Grundstock für die Stellenfinanzierung von Daniela Dederichs gebildet: Dank der Muffins-Aktion arbeitet sie als Kurberaterin der Caritas beim Sozialdienst katholischer Frauen Essen-Mitte (SkF). Viele Frauen, Männer und Familien hat die gelernte Sozialarbeiterin bei der Beantragung einer Mutter-(oder Vater-)Kind-Kur beraten und unterstützt. „Mein Terminkalender ist ständig prall gefüllt“, berichtet sie, „der Bedarf an Mutter-Kind-Kuren übersteigt einfach unsere Beratungsmöglichkeiten.“



Dank der Kooperation der Caritas mit dem SkF kann Dederichs Räumlichkeiten und Büroeinrichtung in der Geschäftsstelle des Sozialverbandes sowie dessen Verwaltungskapazitäten nutzen. „Damit kann dieser wichtige Dienst der Caritas nun auch wieder in Essen angeboten werden“, erörtert Björn Enno Hermans, Geschäftsführer des SkF Essen-Mitte. „Ein weiterer Vorteil ist, dass die Beratung eingebunden ist in ein Netzwerk weiter gehender Hilfen für Familien.“ So bietet der SkF Angebote der Tagespflege, unterhält einige Kindertagesstätten und qualifiziert und vermittelt Tagesmütter. ◀

Die Kurberatung beim SkF Essen-Mitte auf der Dammanstraße 32-38 ist jeweils montags von 9 bis 15 Uhr und donnerstags von 14 bis 17 Uhr geöffnet.

Sie haben sich für die Kurberatung in Essen starkgemacht (v. l.): Uta Semmler, Vorsitzende der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Müttergenesung, Cäcilie Steinert, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands, Roswitha Weinhold, Kath. Deutscher Frauenbund, Catja Backhaus-Bolbrinker, Klinikleitung Gesundheitszentrum St. Alfrid in Berlar, und Björn Enno Hermans, Geschäftsführer SkF Essen. Im Vordergrund Daniela Dederichs, Kurberaterin SkF Essen.

Foto: Grätz

Ein Regio-Platz an der Sonne

Über 230 000 Euro sind aus den Spendenmitteln der Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ 2012 in drei Projekte der Caritas im Ruhrbistum geflossen.

Gefördert wurden Vorhaben sowohl für junge als auch für alte und kranke Menschen. So konnte die Caritas in Bottrop ein Gruppenhaus in eine Beratungsstelle im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie umbauen. Auch konnten mit gut 100 000 Euro in Mülheim wichtige Brandschutzsicherungen bei der Altenhilfe-Betriebsträgersgesellschaft St. Engelbert umgesetzt werden. Dem katholischen Altenwohn- und Pflegeheim Marienhaus in Essen halfen die Fördermittel bei der Errichtung eines Sinnesgartens. „Für die Einrichtungen ist das eine enorm große Hilfe, wichtige Projekte umzusetzen, für die aufgrund leerer Kassen keine öffentlichen Gelder mehr da sind“, freute sich Andreas

Neues Wissen

Das aktuelle Programm „Fort- und Weiterbildung 2013“ der Caritas im Ruhrbistum bietet auf 82 Seiten ein breites Wissens- und Lernspektrum an.

Das Programm bietet neben ganz praktischen Hilfestellungen für EDV, Büro- und Verwaltungsarbeit auch Fachweiterbildungen in Bereichen wie Gesundheits- und Altenhilfe, Pädagogik, Soziale Arbeit und Beratung an. Die Veranstaltungen sind offen für alle Interessierten. Ergänzt wird das Kursangebot durch kurzfristige Fortbildungsangebote, die auf Anfrage und bei Bedarf konzipiert werden. Über diese außerplanmäßigen Angebote informiert der Newsletter „Fortbildung aktuell“, der monatlich erscheint.

Das 82-seitige Programm sowie Ausschreibungen zu Sonderveranstaltungen und der Newsletter „Fortbildung aktuell“ können bei Kirsten Werner, Tel. 02 01 / 8 10 28-1 51, kirsten.werner@caritas-essen.de, angefordert werden. Download des Programms unter www.caritas-essen.de.

Meiwes, Direktor der Caritas im Ruhrbistum, über den „Regio-Platz an der Sonne“. Bundesweit wurden 2012 über die TV-Lotterie 47,4 Millionen Euro für 242 soziale Projekte ausgeschüttet. ◀



Essen



Die Caritas Bottrop will mit einer beratenden Begleitung die Alkoholsucht älterer Menschen bekämpfen.

Foto: LAG Freie Wohlfahrtspflege NRW

Alkoholsucht im Alter

Aus zwei Gläsern wurde eine Flasche – die Geschichte des Manfred K. – Caritas in Bottrop bietet beratende Begleitung

Seit Beginn des laufenden Jahres bietet die Caritas in Bottrop mit Unterstützung der ortsansässigen „Erich Backhaus Stiftung“ allen Menschen im Ruhestand, bei denen ein zunehmender Alkoholkonsum zu einer Einschränkung der Lebensqualität führt, Beratung und Begleitung an. Gemeinsam mit einem qualifizierten Berater werden Grundlagen für eine gesundheitsbewusste, zufriedenstellende Lebensführung erarbeitet.

Dieses „Mehr“ an Lebensqualität ist über ein „Weniger“ an Alkohol und die stabile Kontrolle des Konsums erreichbar. In manchen Fällen ist sogar die völlige Abstinenz nötig. „Auch im Alter sind Beratung und Therapie möglich“, so Martin Schindler, Suchtberater der Caritas Bottrop. Damit räumt er mit dem Vorurteil auf,

dass Verhaltensänderungen bei älteren Menschen nicht mehr möglich sind. „Das Thema wird in der Gesellschaft noch sehr verharmlost.“ Über 15 Prozent aller Menschen über 60 Jahre gelten nach Expertenmeinung als alkoholgefährdet.

Die Geschichte von Manfred K.

Immer häufiger holte er die Flasche Bier aus dem Keller. Die Alkoholkrankheit kam unmerklich für Manfred K., ehemals Filialleiter einer Versicherungsagentur: viel Arbeit, ständiger Kundenkontakt, der Druck, die Vorgaben zu erfüllen. Die Flasche Bier am Abend ermöglichte es ihm, sich zu entspannen. Auch im Freundeskreis gehörte der Konsum alkoholhaltiger Getränke bei geselligen Anlässen zu einem festen Ritual. So wurde der Alkohol ein steter Begleiter in seinem Leben. Mit dem Eintritt in den Ruhestand verschwand zwar der Stress, dafür kam immer häufiger Langeweile auf, und es entwickelte sich das Gefühl, „nicht mehr gebraucht zu werden“. Diese Leere war mit ein bis zwei Gläsern Schnaps für Manfred K. besser zu ertragen. Aus den zwei Gläsern wurde über einen Zeitraum von sieben Jahren eine ganze Flasche Schnaps am Tag.

Die Ursachen einer Abhängigkeit sind vielschichtig: Es kann, wie bei Manfred K., die Perspektivlosigkeit nach Beendigung des Berufslebens sein. Aber auch das Nachlassen der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit oder die Häufung altersbedingter Beschwerden können mögliche Ursachen für einen sich langsam steigenden Alkoholkonsum sein. Hier wird der Alkohol schnell zu einem leicht zu beschaffenden Medikamentenersatz. Zwei weitere Faktoren beeinflussen diese Entwicklungen eher ungünstig. Der Freundes- und Bekanntenkreis wird kleiner, und/oder es kommt zum Verlust des Partners. Für immer mehr Menschen ist der regelmäßige Konsum von Alkohol und Tabletten die oftmals bequemste Art, damit umzugehen. Sozialarbeiter Schindler kennt diese Entwicklung. „Es geht nicht darum, den Genuss zu verteufeln, sondern auf die Gefahren abnehmender Kontrolle im Umgang mit Suchtmitteln hinzuweisen.“ ◀

Die letzte Zigarette

Caritas Gelsenkirchen bietet Rauchfrei-Seminar an

Das Frühjahr ist die beste Jahreszeit für gute Vorsätze, zum Beispiel, um mit dem Rauchen aufzuhören. Mit einem „Rauchfrei-Programm“ bietet die Caritas Gelsenkirchen ab dem 23. April die Begleitung und Unterstützung von Menschen auf dem Weg zu einem rauchfreien Leben. Es handelt sich um ein qualifiziertes Gruppenprogramm, das vom Institut für Therapieforschung in München entwickelt wurde. Unter der Leitung von Barbara Hölscher-Wiezorrek von der Integrativen Fachberatungsstelle bereiten sich die Teilnehmer an acht Abenden auf ein Leben ohne Nikotin vor. Der jetzt startende Kurs ist durch die Krankenkassen als Primärprävention anerkannt und erstattungsfähig.

Kontakt: Barbara Hölscher-Wiezorrek, Tel. 02 09 / 95 71 46-22, barbara.hoelscher-wiezorrek@caritas-gelsenkirchen.de



Menschen in der Caritas

Dorette Lotzwy heißt die neue Vorstandsvorsitzende der Johannes-Kessels-Akademie. Die frühere Leiterin der Abteilung Beratung, Erziehung & Familie bei der Ruhr Caritas folgt damit **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** (r.) nach.



Ebenfalls in den Vorstand gewählt wurde **Juliane Janzen**, Fortbildungsreferentin bei der Caritas im Ruhrbistum. Die Akademie mit Standorten in Essen-Werden und Gladbeck bietet inzwischen viele Möglichkeiten integrierter Schul- und Berufsausbildungen

im Erziehungsbereich. **Werner Groß-Mühlenbruch**, Vorstandsmitglied der Johannes-Kessels-Akademie, überreichte Eckhold zum Abschied die Caritas-Ehrennadel in Gold. Der seit 1967 verheiratete Autor und Vater zweier Söhne wurde im Laufe seines Lebens mehrfach für seine besonderen Verdienste ausgezeichnet. 1987 erhielt er von Papst Johannes Paul II. den Orden „Pro Ecclesia et Pontifice“. 1998 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz „Am Bande“ geehrt.



Foto: Katharina Steinrück

Für sein langjähriges Engagement bei den Schwestern zum Zeugnis der Liebe Christi und in der Theresia-Albers-Stiftung in Hattingen wurde der Geschäftsführer der Stiftung, **Meinolf Roth** (r.), mit dem Ehrenzeichen des Bistums Essen ausgezeichnet. Im Auftrag von **Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck** überreichte **Weihbischof Franz Vor-**

rath dem gebürtigen Essener, der gleichzeitig sein 25. Dienstjubiläum feierte, die Auszeichnung. „Roth machte mit Gottvertrauen, fachlichem Können und oft auch Wagemut und Überzeugungskraft die Theresia-Albers-Stiftung zu dem, was sie heute ist“, sagte **Monsignore Dr. Martin Patzek** in seiner Laudatio.



Dr. Jürgen Holtkamp (Foto privat) hat seit gut drei Monaten die Nachfolge von **Dorette Lotzwy** als Leiter der Abteilung Beratung, Erziehung & Familie bei der Caritas im Ruhrbistum angetreten. Der gebürtige Münsteraner studierte Religionspädagogik in Freiburg und Erziehungswissenschaften in Münster. 2001 promovierte er an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster im Fachbereich Erziehungswissenschaften. Von 1993 bis 1998 war er Fachbereichsleiter

für Theologie und Familienbildung auf der Wasserburg Rindern in Kleve. Von 1999 bis 2005 arbeitete er als Referent für Medien und Medienpädagogik im Diözesanbildungswerk in Münster und leitete im Anschluss die Fachstelle Kommunikation und Veranstaltungen im Bistum Münster. Seit Jahren ist er kirchlicher Prüfer bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und Mitglied der katholischen Filmkommission. Holtkamp ist Inhaber eines Lehrauftrages an der Katholischen Hochschule NRW in Münster. Seine fachlichen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Beratung, Erziehung, Sozialarbeit, Internet und Medienpädagogik.

Caritas-Telegramm

Essen. In diesen Tagen wird es zehn Jahre jung, und unter dem Strich zeigt sich schon eine durchaus beachtliche Bilanz – das Projekt Betreuung von Demenzkranken der Caritas für die Stadt Essen. Bis heute wurden 348 Helfer(innen) geschult. Insgesamt haben seit 2003 genau 524 Personen den Betreuungsdienst in Anspruch genommen. Die Rekordmarke von 100 000 Betreuungsstunden wurde erreicht. Mit einer Einladung an 80 Helfer(innen) zu einer Feierstunde in Borbeck hat sich die Caritas Essen nun für die Arbeit bedankt. Das Projekt wurde entwickelt, weil Menschen, die erkrankte Angehörige betreuen, Unterstützung brauchen. Die steigende Nachfrage resultiert aus der überzeugenden Arbeit der Betreuer(innen), die die Erkrankten besuchen, ihnen vorlesen, gemeinsam mit ihnen singen,

spazieren gehen und für sie auf einfühlsame, liebevolle und wertschätzende Weise da sind. Die Angehörigen erfahren Entlastung und Unterstützung – somit wird allen Beteiligten geholfen.

Mülheim. Die Caritas Mülheim hat neu das Ehrenamtsprojekt „Papierstau“ ins Leben gerufen. Damit sollen Familien unterstützt werden, bei denen sich im Kontakt mit Behörden „Papier angestaut“ hat. Ehrenamtliche Paten bieten den Familien ihre Hilfe bei der Sichtung und Sortierung von Behördenbriefen, Anträgen und Bescheiden an. Das Projekt wird von der Lotterie „GlücksSpirale“ gefördert. Engagierte Mülheimer Bürger, die mitmachen möchten, können sich bei Rainer Nebelsiek von den Caritas-Sozialdiensten unter Tel. 02 08 / 3 00 08-97 melden.



Der erste richtige Job

Foto: Simone Bahrmann

Caritas vermittelt mit dem Projekt IBIS Menschen mit Behinderung in Arbeit

Leonie Zielke weiß, dass sie gebraucht wird. Sie hält die Küche sauber, deckt die Tische und unterstützt ihre Kolleginnen, wo sie nur kann. „Wenn ich Urlaub habe oder krank bin, dann fehlt hier etwas. Nämlich ich“, sagt die 20-Jährige lächelnd. Seit gut drei Monaten ist die junge Frau durch das Projekt IBIS – Integration von Menschen mit Behinderung in die Gesundheits- und Sozialwirtschaft – in der Kindertagesstätte Arche Noah in Wülfrath beschäftigt.

Das Projekt IBIS will Menschen mit Behinderung in Arbeit vermitteln. Seit April 2011 setzt sich IBIS für mehr Teilhabe ein, damit Menschen mit Behinderung zukünftig ein zentrales Element in der Personal- und Unternehmenspolitik der Caritas und ihrer Einrichtungen werden können. Ziel ist es, bis März 2014 50 Arbeitsplätze und zehn Ausbildungsstellen zu besetzen. Für Leonie Zielke ist die Arbeit in der Kindertagesstätte ihr erster richtiger Job – und sie ist glücklich. „Ich gehe gerne zur Arbeit. Ich habe tolle Kollegen, ein schönes Umfeld und viele nette Kinder um mich herum!“ Auch wenn Leonie Zielke nicht direkt mit den Kindern arbeitet, kennt sie jeden einzelnen Namen. „Da spielen Melina, Fabio, Tayan, Kyra, Matteo und Leon. Manche

Kinder können noch nicht so viel wie andere, da sie eine Behinderung haben“, weiß Leonie.

Die integrative Kindertagesstätte in Wülfrath lebt Vielfalt. Bei den Kleinen wie auch bei den Großen. „Durch solch eine Art von Teilhabe verschwinden Barrieren – vor allem in den Köpfen“, sagt Kita-Leiterin Barbara Tweer. Gerade deshalb sei es wichtig, das ganze Team von Anfang an miteinzubeziehen, betont sie. „Wie Leonie Zielke sich weiterentwickelt und ob ihr die Arbeit Spaß macht, steht und fällt mit den Menschen, die sie um sich hat. Es gilt, ihre Möglichkeiten und Chancen zu erkennen, sich aber auch ihrer Grenzen bewusst zu werden“, so die Kita-Leiterin. Sie ist froh, dass IBIS Leonie Zielke einen Arbeitsplatz in ihrer Kita ermöglichte. „Für jede Einrichtung und für jedes Unternehmen sollte es eine neue Herausforderung – und jede Erfahrung wert sein.“

Leonie weiß jetzt, was in ihr steckt – und auch, dass sie noch einiges lernen kann und muss. Das Gefühl, ein Gehalt zu bekommen und zu etwas beitragen zu können, ist für die 20-Jährige etwas Besonderes. „Von meinem ersten selbstverdienten Geld werde ich in die Toskana fahren. Damit würde ein weiterer großer Traum von mir in Erfüllung gehen.“ ◀

Anna Bossy

Ans Werk

Dank zahlreicher Spenden kann in Wuppertal ein Kinderhospiz gebaut werden

Wenn auf der Baustelle des bergischen Kinderhospizes Burgholz weiterhin mit so viel Elan gearbeitet wird, kann nichts mehr schiefgehen. Beim symbolischen Baustart ließen gleich sechs Spaten, geführt unter anderem von den drei bergischen Oberbürgermeistern, den Bausand fliegen.

Über 100 Gäste waren in das Landschaftsschutzgebiet Burgholz im bergischen Städtedreieck gekommen. Darunter neben offiziellen Vertretern der Kirchen und der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik auch die Repräsentanten der Großspender Bethe-Stiftung, Jackstädt-Stiftung und der Wuppertaler Firma E/D/E. Die Rednerliste sagt viel aus über den bemerkenswerten städte- und konfessionsübergreifenden Charakter des Projekts, für das große und kleine Geldgeber inzwischen mehr als 4,2 Millionen Euro gespendet haben. Für die Kinderhospiz-Stiftung Bergisches Land sprachen de-



ren Vorstände Dr. Christoph Humburg, Caritasdirektor Wuppertal/Solingen, Dr. Martin Hamburger, Diakoniedirektor Wuppertal, und Roswitha Bethe, Bethe-Stiftung. Für die Städte traten alle drei Oberbürgermeister ans Mikrofon. Für die Kirchen sprachen der Wuppertaler Stadtdechant Dr. Bruno Kurth und die Wuppertaler Superintendentin Ilka Federschmidt.

Mit dem Bau des Kinderhospizes auf dem seit Jahren ungenutzten Gelände eines ehemaligen Kinderheims der Stadt Wuppertal schließt die Kinderhospiz-Stiftung Bergisches Land bis 2014 eine Versorgungslücke in der Region. Die neue Einrichtung erhält acht Plätze für Kinder und zwei für Jugendliche, dazu Zimmer für Eltern und Geschwister und ergänzt die bereits bestehenden ambulanten Kinderhospizdienste beider Kirchen. ◀

Susanne Bossy

*Gaben mit dem Spatenstich das Startsignal für den Bau des Kinderhospizes Burgholz: Rolf-Peter Rosenthal (Jackstädt-Stiftung), Florian Bethe, Dr. Christoph Humburg (Caritas), Roswitha Bethe (Bethe-Stiftung), Dr. Martin Hamburger (Diakonie), Hans-Jürgen Adorf (E/D/E), Peter Jung (OB Wuppertal), Norbert Feith (OB Solingen), Beate Wilding (OB Remscheid)
Foto: Caritas Wuppertal/Solingen*

Spenden willkommen

esperanza bittet um gut erhaltene Kinderwagen und Spielsachen

Der esperanza-Kinderladen des Bonner Caritasverbandes benötigt derzeit dringend vor allem gut erhaltene Kinderwagen, Buggys und Maxicosis, um weiterhin ärmeren Familien helfen zu können. Auch Spenden von Spielsachen werden dringend benötigt. Der Kinderladen liegt in unmittelbarer Nähe des Hofgartens und bietet Secondhandartikel rund ums Kind bis zum dritten Lebensjahr gegen eine geringe Gebühr an: Kleidung, Hochstühle, Bettchen, Reisebetten, Spielsachen, Kinderwagen und Buggys. Auch Schwangerschaftskleidung ist im Angebot.



Kleiderspenden, Kinderwagen oder andere Sachspenden können im esperanza-Kinderladen während der Öffnungszeiten oder bei der Beratungsstelle esperanza abgegeben werden.

esperanza-Kinderladen im Caritasverband

Fritz-Tillmann-Straße 2 (Nähe Hofgarten)

Öffnungszeiten des Ladens:

Montag bis Freitag, 10-12.30 Uhr und 14-16.30 Uhr

Tel. 02 28 / 9 09 28 30

Der esperanza-Kinderladen wird hauptsächlich von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen getragen. Über eine Verstärkung des Teams würden wir uns sehr freuen.



Köln



Olé!

Acht junge Spanier beginnen beim Caritasverband Köln eine Ausbildung in der Altenpflege

In Spanien hat die Jugendarbeitslosigkeit ein dramatisches Ausmaß erreicht. Mehr als die Hälfte der jungen Spanier sind arbeitslos und haben auch keine Aussicht, dass sich daran in den nächsten Jahren etwas ändert. Auf der anderen Seite werden in Deutschland auch in den Altenzentren der katholischen Träger in Köln dringend Pflegefachkräfte gesucht. Aus diesen Gegebenheiten entwickelte der Caritasverband Köln mit Kooperationspartnern der katholischen Altenhilfe das Pilotprojekt „Oportunidad“, das junge Spanier aus Alicante und Umgebung für die Arbeit als Pflegefachkraft in Alteinrichtungen in Köln begeistern soll.

*Mit „Oportunidad“ nach Köln gekommen: acht junge spanische Praktikanten für den Beruf der Pflegefachkraft
Foto: Caritas Köln*

Im vergangenen Halbjahr fanden Informationsveranstaltungen und Auswahlverfahren durch Caritas-Mitarbeitende in Spanien statt. Die Resonanz war überwältigend. Anfang des Jahres war es dann schließlich so weit: Sieben Frauen und ein Mann zwischen 19 und 27 Jahren wagten den Schritt vom Süden des Mittelmeeres an den Rhein.

Während des Praktikums durchlaufen die jungen Spanier einen intensiven Deutsch- und Integrationskurs, begleitet von einem entsprechenden Coach. Er unterstützt beim Spracherwerb und erleichtert das Einleben in Köln. Das Projekt möchte den Teilnehmern eine langfristige Berufs- und Lebensperspektive in Deutschland bieten. Daher wird neben der beruflichen Ausbildung großer Wert auf die Förderung der sozialen Integration gelegt.

Im August haben die Teilnehmer Urlaub, den sie in ihrer Heimat Spanien verbringen werden, bevor sie dann mit der dreijährigen Ausbildung zum/zur examinierten Altenpfleger/-in im September beginnen. Die theoretische Ausbildung erhalten sie im Deutschordens-Fachseminar für Altenpflege. Der praktische Ausbildungsteil findet in Pflegeeinrichtungen der Caritas und weiterer katholischer Träger in Köln statt. ◀



Forum-Restaurant mattea

Mit der Eröffnung des Restaurants wurde jüngst in Leverkusen der erste Meilenstein des integrativen Gastronomiebetriebes mattea gesetzt. Bis zum Sommer 2013 wird er um eine Großküche ergänzt, in der täglich rund 3 000 Schülern, insbesondere für die Schülerinnen und Schüler der 26 von IN VIA Köln betreuten offenen Ganztagschulen, zubereitet werden. Die kulinarische Versorgung der Gäste, die auf den Veranstaltungen des Forums präsent sind, gehört ebenfalls zum Repertoire und wird bereits seit einem Jahr realisiert. Rund 50 Menschen werden insgesamt bei mattea in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen unter Vertrag sein, davon mehr als ein Drittel Menschen mit Behinderungen. Sibylle Klings, Geschäftsführerin der IN VIA Köln gGmbH: „Wir möchten die Fähigkeiten von Menschen mit Handicap sinnvoll in unserem Betrieb einsetzen und ihnen ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis anbieten, damit sie gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben können. So geben wir ihnen eine Chance, den regulären Arbeitsmarkt mitzugestalten.“ Der Integrationsbetrieb mattea wurde aufgebaut mit Unterstützung des Landschaftsverbandes Rheinland, der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW sowie der Aktion Mensch. Foto: IN VIA

JG-Gruppe mit neuem Erscheinungsbild

Gemeinsam stark – gemeinsam unverwechselbar: Die Josefs-Gesellschaft (JG-Gruppe) ist mit einem neuen Corporate Design ins Jahr 2013 gestartet.

Den Auftakt bilden Imagebroschüren der JG-Zentrale und aller Einrichtungen, die ab sofort im Internet oder telefonisch bei der Josefs-Gesellschaft (02 21 / 8 89 98-1 16) erhältlich sind.

Der erste Eindruck zählt – deshalb spielt das Corporate Design eine wichtige Rolle für den Erfolg eines Unternehmens. So auch für die JG-Gruppe, katholischer Träger von bundesweit 17 Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, Krankenhäusern und Altenheimen. „Unsere 6 200 Mitarbeiter geben täglich ihr Bestes, um Menschen mit Behinderungen, kranken und alten Men-



schen ein Optimum an Lebensqualität und Chancen zu ermöglichen“, so JG-Vorstandsmitglied Manfred Schulte. „Sie alle verdienen es, dass ihre gute Arbeit nach innen und außen angemessen präsentiert wird.“ Vorstandssprecher Dr. Theodor-Michael Lucas betont: „Als großer Träger ist es wichtig, auch als solcher aufzutreten: professionell, modern und einheitlich.“ ◀

Den gemeinsamen Auftakt zum Corporate-Design-Relaunch bilden Imagebroschüren aller 17 Einrichtungen – jede mit einer zusätzlichen Farbe, die zum „JG-Grün“ dazukommt.

Stiftungspreis für „Kleinod“

Eines der ersten Projekte, das mit dem neuen Stiftungspreis der Deutschen Hospiz- und Palliativ-Stiftung (DHP) ausgezeichnet wurde, ist „Kleinod – Ambulanter Hospizdienst für Menschen mit Demenz“ im Köln-Brücker St. Vinzenzhaus.

„Kleinod“ versteht sich dabei als Ergänzung zu bereits etablierten Diensten vor Ort und ist eingegliedert in ein Netzwerk aus hospizdienstlichen Einrichtungen. „Wir

sehen uns in unserem Tun bestätigt und unterstützt, dieses spezielle Angebot für Menschen mit Demenz aufzubauen“, erklärte Marlene Henken, die Koordinatorin des ambulanten Hospizdienstes, bei der Preisverleihung. Mit dem neu eingerichteten Stiftungspreis will die Deutsche Hospiz- und Palliativstiftung herausragende Projekte auszeichnen, die Vorbildcharakter für die Arbeit im Hospiz- und Palliativbereich haben. ◀



Ehrungen

Goldene Ehrennadeln erhielten für langjährige Mitarbeit in verschiedenen Einrichtungen der Caritas: **Andrea Bertram, Elisabeth Lassau, Gabriele Rojacher, Katharina Rudde** und **Manfred Geisen**, alle für 25-jährige Mitarbeit beim Caritasverband für die Stadt Köln e.V.; **Claudia Gabriel** und **Helma Janssen** für 25-jährige Zugehörigkeit zum Caritasverband Rhein-Sieg e.V.; **Maria da Conceicao Ferreira de Jesus** für vier Jahrzehnte Mitarbeit in der Josefs-Gesellschaft gGmbH, Köln; **Gertrud Heller, Gertrud Krauß, Eva-Maria an der Mehr** und **Magdalena Schmohele**, alle für langjähriges ehrenamt-

liches Engagement in der katholischen Pfarrgemeinde St. Nikolaus von Tolentino in Rösrath; **Maria Santos** für vier Jahrzehnte Mitarbeit im Haus Rheinfrieden der Josefs-Gesellschaft gGmbH; **Ruth Arndt** und **Wilma Cordewener**, beide für 25-jähriges ehrenamtliches Engagement in der Katholischen Krankenhaushilfe des St.-Johannes-Krankenhauses in Troisdorf; **Rita Gondek** und **Wilhelmine Schubert** für über 25-jährige Mitarbeit im Caritas-Altenzentrum St. Josef, Köln; **Maria Mülhausen, Brigitte Pütz** und **Jose Plankalayil**, alle für langjährige Mitarbeit im Caritas-Altenzentrum St. Josef-Elisabeth, Köln; **Gertrud Beckfeld** für drei Jahrzehnte engagierte Mitarbeit beim Verein Freiwillige Soziale Dienste im Erzbistum Köln e.V.



Ständiger Kontakt



*Auch wenn sich die Pflegeteammitglieder um die Bewohner im „Wohnzimmer“ der Pflegeoase kümmern, bleiben die Mitbewohner im Bett im Blick.
Foto: Harald Westbeld*

Ein neues Wohnkonzept verbessert die Lebenssituation von Demenzkranken

Sechs Jahre hat Monika Manthey mit ihrem Team um die Pflegeoase gerungen und freut sich jetzt über ein „Nein“. Dass die schwer demenzkranke Bewohnerin wieder klar ihren Willen bekunden kann, mag im Einzelfall auch mal lästig werden, ist aber tatsächlich ein großer Erfolg. Und vor allem eine Bestätigung für ein neues Wohnkonzept: die Pflegeoase.

Das Grundprinzip ist einfach: Eine kleine Gruppe demenzkranker Menschen lebt in einem weitgehend offenen Bereich, in dem durch verschiebbare Wände bei Bedarf einzelne Zimmer abgetrennt werden. Sie können damit am Gemeinschaftsleben teilhaben, und die Pflegeteammitglieder stehen ständig mit ihnen im Kontakt. Aber das „widerspricht natürlich dem in den letzten Jahren propagierten Ziel des Einzelzimmers für jeden Bewohner“, erklärt Manthey ihr Durchsetzungsproblem. Manthey leitet das Altenheim Maria Rast in Telgte, eines der Häuser des Caritas-Seniorenheime-Verbands im Kreis Warendorf. Nur eine weitere vom Land ge-

nehmigte Pflegeoase gibt es in NRW in Solingen sowie eine dritte im Altenheim Franz von Assisi der Caritas Herten (siehe Caritas in NRW 1-2013).

Die Pflegeoase passe nicht für jeden, weiß die erfahrene Altenheim-Leiterin: „Man muss genau schauen.“ Mehrere Kriterien muss der Bewohner erfüllen. Er muss schon im Haus wohnen, um seine Bedürfnisse einschätzen zu können, immobil und demenzkrank und in der Regel nicht mehr erreichbar sein, nennt Manthey die wesentlichen Punkte. Dann wird mit den Angehörigen überlegt und bei Einverständnis ein mindestens einwöchiges Probewohnen vereinbart.

Auch die Angehörigen erleben den Wandel bei den alten und kranken Menschen nach dem Umzug. Sie reagieren wieder auf Reize, atmen ruhiger und „haben einen gelösteren Gesichtsausdruck“, erklärt Sabine Grohnert, die sich an diesem Morgen mit einem Kollegen um die acht Frauen in der Pflegeoase kümmert. Drei von ihnen sitzen um den Tisch im „Wohnzimmer“, die anderen schlafen noch, sind aber im Blick. Spürbar sei auch, dass „die Angstgefühle der Bewohner nachhaltig zurückgegangen sind, zum Beispiel die Angst vor Stille, die sie in ihrer Krankheit nicht mehr einschätzen können“, ergänzt Manthey die Erfahrungen nach knapp einem Jahr.

Wie sich diese neue Wohnform genau auswirkt, wird die wissenschaftliche Auswertung zeigen, um die sich die Uni Witten-Herdecke kümmert. Im Oktober ist geplant, die Ergebnisse vorzustellen. Für Monika Manthey hat sich die Idee, die ihr beim Lesen eines Fachartikels über die erste Pflegeoase in Deutschland im niedersächsischen Holle kam, längst bestätigt. ◀

Sieben Plätze an der Sonne für die Caritas

Über 1,4 Millionen Euro sind aus den Spendenmitteln der Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ im vergangenen Jahr in sieben Projekte der Caritas in der Diözese Münster geflossen. Gefördert wurden vor allem Vorhaben für alte und kranke Menschen. „Dies ist für unsere Verbände und Einrichtungen eine große Unterstützung in Zeiten spärlicher fließender Mittel aus öffentlichen Kassen“, erklärt Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann. Insgesamt konnten bundesweit 47,4 Millionen Euro für 242 soziale Projekte ausgeschüttet werden.

Neues Denken

Personalmarketing in der Altenpflege

Jeder dritte Abiturient des anstehenden Doppeljahrgangs müsste einen Beruf in der Pflege ergreifen. Dann wäre der Fachkräftemangel behoben. Damit verdeutlichte Domvikar Dr. Klaus Winterkamp auf einer Fachtagung „Personalmarketing in der Altenpflege“ die benötigte Größenordnung. Ganz neue Denksätze forderten die Referenten dafür.

Überzeugen müsse eine von Stolz geprägte Unternehmenskultur, die jedem Mitarbeitenden bewusst sei und die er nach außen trage, sieht Frank Hüttermann, Geschäftsführer PSV Marketing, als entscheidenden Punkt. Mit Professor Dr. Manfred Leisenberg, Bielefeld, war er sich einig, dass heute und vor allem in Zukunft nichts ohne die sozialen Netzwerke im Internet läuft. Die Anforderungen an die Einrichtungen werden wach-



Auf großes Interesse stieß die Fachtagung „Personalmarketing in der Altenpflege“.

Foto: Harald Westbeld

sen. Eine „kommunikative Revolution“ erwartet Frank Hüttermann in den nächsten Jahren. Ganz wichtig sei es dabei, eine „Marke“ zu bilden, um wahrgenommen zu werden und attraktiv für potenzielle Bewerber zu erscheinen. Das größte Potenzial sieht Hüttermann dabei in der „Überzeugung der eigenen Mitarbeiter“. Sie seien zu 80 Prozent für das gute Image verantwortlich. Bis zur Putzfrau müssten alle Haltung und Anliegen der Einrichtung verstehen. Nicht Betroffenheit dürfe weiterhin übermittelt werden, sondern es gelte, „das Glück zu helfen“ darzustellen.

Dafür muss nach Auffassung von Manfred Leisenberg vor allem das Internet genutzt werden. Social Media brächten dabei keinen sofort messbaren Gewinn, aber eine Menge Vorteile wie erhöhte Glaubwürdigkeit und vor allem mehr Vertrauen. ◀

„Ausgebrannt – depressiv – arbeitsfähig?!“

Psychische Erkrankungen sind eines der drängendsten Probleme in der Arbeitswelt. Sie kosten Unternehmen und Sozialversicherungen Milliarden. Das stellt eine aktuelle Studie des Bundesarbeitsministeriums fest.

Allein 2011 gab es 59 Millionen Krankentage wegen psychischer Belastung am Arbeitsplatz. Ursachen und Zusammenhänge durch Stress ausgelöster Störungen erklärte Prof. Dr. Peter Zwanzger von der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Uni Münster auf einer Tagung im Diözesan-Caritasverband Münster. Er

kritisierte, dass „sich noch viel zu wenige Betriebe Gedanken darüber machen, wie sie ihre Belegschaft schützen können“. Die Tagung war ein Baustein im Rahmen seines strategischen Ziels „Menschen gewinnen – Ressourcen wecken“: „Wir wollen unsere Verbände und Einrichtungen sensibilisieren und informieren neben konkreten Maßnahmen im eigenen Haus“, erklärte Peter Hoffstadt, stellvertretender Diözesan-Caritasdirektor. Organisiert wurde die Tagung mit dem Bündnis gegen Depression Münster, in dem der Diözesan-Caritasverband Mitglied ist. ◀



Betriebe müssen ihre Mitarbeitenden besser schützen, forderte Prof. Dr. Peter Zwanzger von der Uni Münster.

Foto: Harald Westbeld

Ehrungen

Goldene Ehrennadeln haben erhalten: **Josef Bergmann** und **Franz Langlott** (Alexianer Münster GmbH), **Maria Marinho-da Coceicao** und **Ursula Höing** (Raphaelsklinik, Münster), **Otger Frankemöller** (Caritasverband für die Dekanate Ahaus und Vreden), **Georg Schulte** (Caritasverband für das Dekanat Ahlen), **Magdalene Klemmer** (Altenwohnheim St. Pankratius, Gescher), **Hedwig Jungkamp**, **Suibert Beforth**, **Walter Böggering**, **Erika Schmitt** und **Beatrix Höing** (St.-

Agnes-Hospital, Bocholt), **Sylvia Renz**, **Annette Fittinghoff**, **Anette Haude-Erhart**, **Petra Dezela** und **Ursula Kindler** (St.-Marien-Hospital, Lünen), **Zejna Elger** und **Hasnija Husic** (St.-Barbara-Klinik, Hamm-Heessen), **Klementine Gieske** (St.-Vincenz-Gesellschaft, Ahlen), **Maria Jendeyzik**, **Angelika Jakebli**, **Elke Sievert**, **Monika Tschsch**, **Angelika Sengpiel**, **Ursula Engel** und **Christa Heike** (St.-Antonius-Hospital, Kleve), **Rosemarie Wiech** und **Marlies Kuhl** (Stiftung Mathias-Spital Rheine), **Markus Altfrohne** (Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf), **Augusta Monteiro** (St.-Elisabeth-Haus, Isselburg).



Kein großer Wurf

Das neue Pflegegesetz bringt nur einige Verbesserungen, aber deutlich mehr Bürokratie

Das Pflegeneuausrichtungsgesetz (PNG) stellt seit Jahresanfang die Weichen neu und bietet pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen eine Reihe von Verbesserungen. Aber der große Wurf ist es nicht: „Es ist alles, aber keine grundlegende Neuausrichtung“, stellte Domvikar Dr. Klaus Winterkamp, Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes Münster, auf einem Fachforum zum PNG in Münster fest. Er kritisierte vor allem, dass „viele Demente durchs Raster fallen“, weil die Pflegestufen zu sehr auf körperliche Bedürfnisse ausgerichtet seien.

Dr. Elisabeth Fix vom Deutschen Caritasverband sah die Beitragserhöhung in der Pflegeversicherung von 0,1 Prozent angesichts der mit dem PNG verbundenen ambitionierten Pläne „auf Kante genäh“.

Im Einzelnen erfüllt das PNG eine Reihe von Forderungen der Caritas, zeigte Dr. Elisabeth Fix auf. So wird zum Beispiel eine häusliche Betreuung neu eingeführt, die neben der Pflege die „Aufrechterhaltung von sozi-



Fast lautlos kommt das Essen auf Rädern seit fast einem Jahr zu den Kunden in Lüdinghausen. Der Caritasverband für den Kreis Coesfeld kann bislang ein positives Fazit ziehen. Das mit Zuschüssen von Gel-senwasser und des Autohauses Rüschkamp angeschaffte Fahrzeug fährt mit Ökostrom aus einer Biogasanlage. Gerade zwei Euro an Kosten pro 100 Kilometer verursacht

das Elektromobil, hat Ressortleiter Henrik Nagel-Fellerhoff ausgerechnet. Neun Euro wären es mit Dieselmotor. Nur die Fahrer müssen sich daran gewöhnen, dass Passanten den Wagen nicht hören. Foto: Jessica Demmer

Diskutierten angeregt mit den Teilnehmern des Fachforums (v. l.): Monika Brüggenthies und Dominique Hopfenzitz (Diözesan-Caritasverband Münster) und Dr. Elisabeth Fix (Deutscher Caritasverband) Foto: Harald Westbeld

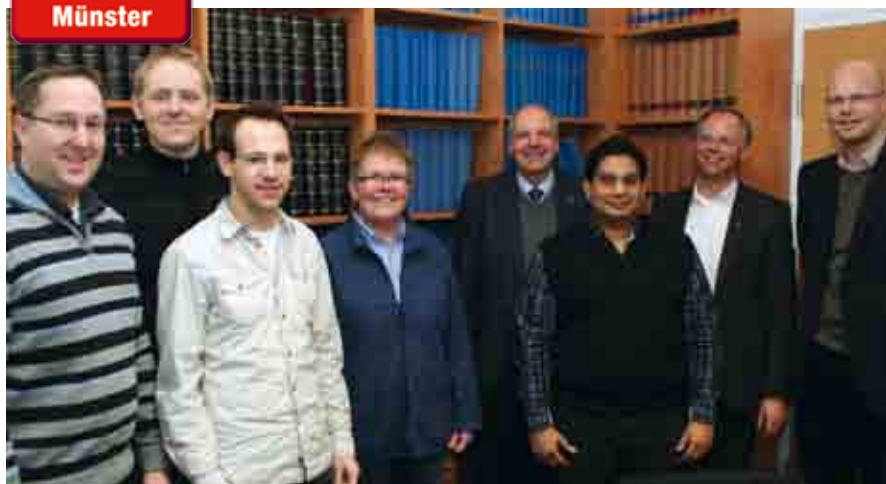
alen Kontakten“ unterstützen soll. In Modellprojekten soll über drei Jahre ausprobiert werden, wie diese neuen Dienste aufgebaut sein müssen. Geklärt werden müsse unter anderem, was das Gesetz mit „qualifizierten, fachlich geeigneten und zuverlässigen Kräften“ meine. Fachpflegemitarbeiter seien jedenfalls ausgeschlossen. Nicht durchsetzen konnte sich die Caritas gegen neue Vergütungsregeln. Dominique Hopfenzitz, Fachjurist im Diözesan-Caritasverband Münster, erwartet hier einen „sehr hohen bürokratischen Aufwand“. Pflegebedürftige können jetzt wählen zwischen einer „Komplexleistung“ und minutengenaue Abrechnung, dies aber auch jederzeit wieder umstellen. ◀

Menschen in der Caritas

Zwei Abschiede von langjährigen Caritas-Engagierten sind zu melden: 42 Jahre hat **Karl Heinz Nawarotzky** im Vorstand des Sozialdienstes Katholischer Männer Moers-Xanten mitgearbeitet, 39 Jahre als Vorsitzender. Mit jetzt 76 Jahren will er kürzertreten, bleibt aber stellvertretender Vorsitzender des Caritasverbandes Moers-Xanten und natürlich weiterhin einfaches Mitglied des SKM.

Über 30 Jahre hat **Josef Schlierkamp** die Raphael-Schule des Caritasverbandes Recklinghausen geprägt. Beharrlich hat er sie zu einer Vorzeigeeinrichtung im Bereich der Förderschulen entwickelt. Nachfolger ist sein langjähriger Stellvertreter **Ulrich Grotendorst** geworden, zur Konrektorin wurde **Martina Werfling** ernannt.

Für ihre Leistungen bei der Caritas Pflege & Gesundheit in Borken hat **Karin Lustig** den 2. Platz des Pflegemanagement-Awards für Nachwuchskräfte 2013 gewonnen. Die Preise werden vom Bundesverband Pflegemanagement in Berlin verliehen. Ausgezeichnet wurde sie für die „Etablierung des Bereichs Wundmanagement in der mobilen Pflege bei der Caritas, kombiniert mit ihrem enormen Fachwissen, einer vorbildlichen Sozialkompetenz und einem hohen berufspolitischen Engagement“, so die Veranstalter.



Den Mehrwert der Caritas erkundeten vier Priesteramtskandidaten aus den Diözesen Münster und Essen nicht nur im Gespräch mit dem Vorstand des Diözesan-Caritasverbandes sowie der CKD-Geschäftsführerin Lena Dirksmeier und dem Theologischen Referenten Dr. Boris Krause (rechts), sondern auch vor Ort. Eine Woche lang besuchten sie im Rahmen ihrer Ausbildung Einrichtungen, sprachen mit Mitarbeitern aus Beratungsstellen und informierten sich über die Strukturen der Caritas als Verband. In einer weiteren Woche lernten sie zusammen mit angehenden Pastoralreferenten und Diakonen im Zivilberuf Behinderteneinrichtungen in Havixbeck und Nordkirchen sowie die Caritasarbeit in Duisburger Stadtteilen kennen.

Foto: Harald Westbeld

Erfahrungen für den Kinderschutz nutzen

Viele Erfahrungen hat die Caritas in den letzten Jahren in zahlreichen Projekten der Frühen Hilfen gesammelt. Diese müssen nach Ansicht des münsterschen Diözesan-Caritasdirektors Heinz-Josef Kessmann in die Ausgestaltung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes auf Landesebene einfließen. Berücksichtigt werden sollten auch bereits vorhandene Leistungen und Aktivitäten. Mit der Frage, wie vorbeugende Maßnahmen gegen Vernachlässigung und Missbrauch von Kindern und staatliche Kontrolle der Familien getrennt werden müssen, beschäftigten sich leitende Mitarbeiter aus Diensten und Einrichtungen der Caritas in der Diözese Münster auf einer Fachtagung zum Thema „Verändert das Bundeskinderschutzgesetz die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe?“.

Caritas-Telegramm

Nordkirchen/Münster-Roxel. Fast 130 000 Euro hat die Schützenbruderschaft St. Pantaleon im münsterschen Stadtteil Roxel über 40 Jahre für die Kinderheilstätte Nordkirchen gesammelt. Mit dem ersten Geld konnten Duschliegen für die Kinder mit Behinderungen angeschafft werden. Viele weitere Projekte folgten. Mit dem aktuellen Beitrag von 5 500 Euro, der im vergangenen Jahr zusammengekommen ist, wird ein Wohnzimmer des Jugendwohnhauses ausgestattet.

Kreis Warendorf. Seit zehn Jahren arbeiten die vier caritativen Sucht- und Drogenberatungsstellen im Kreis Warendorf zusammen. Der Caritasverband Ahlen, der Caritasverband für das Kreisdekanat Warendorf und der SKM im Kreis Warendorf haben sich darin zusammengefunden, um „Synergieeffekte zu nutzen“, wie SKM-Geschäftsführer Thorsten Rahner, einer der Gründerväter, bei der Jubiläumsfeier erläuterte. Rund 1 000 Ratsuchende pro Jahr erreicht „Quadro“ inzwischen.

Emsdetten. Das Kaufhaus der Caritas (KaDeCa) in Emsdetten sollte allen Kunden unabhängig von ihrem Einkommen offen stehen – nicht zuletzt, um Stigmatisierung zu vermeiden. Um aber weiter Ein-Euro-Jobber einsetzen zu können, müssen Kunden künftig ihre Bedürftigkeit nachweisen. Die Regelungen für Arbeitsgelegenheiten sind entsprechend geändert worden. Ohne diese Anpassung hätten zwölf Ein-Euro-Jobber nicht weiter beschäftigt werden können.

Rheine. In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Pränatalmedizin und Ultraschall bietet die Schwangerschaftsberatungsstelle der Caritas Rheine jetzt eine zusätzliche Beratung zur Pränataldiagnostik an. Damit sollen die Ängste und Unsicherheit von Betroffenen bei einem negativen Befund aufgefangen werden. Auch im Vorfeld können sich Ratsuchende umfassend über die Untersuchungen und mögliche Konsequenzen informieren.

Ahaus. Die Zahl der Ratsuchenden in der Schuldnerberatung der Caritas Ahaus-Vreden wächst immer weiter. Inzwischen verhandeln die Mitarbeiter über ein Volumen an Verbindlichkeiten ihrer Klienten von rund 30 Millionen Euro. Gegenüber den Anfangsjahren hat sich die Fallzahl verzehnfacht. Inzwischen sind nicht mehr fast nur soziale Randgruppen betroffen, sondern Ver- und Überschuldung zieht sich durch alle Bevölkerungsschichten. Die Caritas-Berater in Ahaus erreichen dabei NRW-weit die meisten Vergleiche mit Gläubigern.

Ahlen. Seit Jahresbeginn bietet der Caritasverband Ahlen eine spezielle Beratung für sexuell übergriffige Kinder und Jugendliche in seiner Fachstelle gegen sexuellen Missbrauch, Gewalt und Vernachlässigung an. In fast einem Drittel der Anfragen an die Fachstelle geht es um grenzverletzendes Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Starthilfe leistet für vier Jahre die Aktion Mensch.



Existenzunterstützende Angebote wie Kleiderkammern sind als Nothilfe, nicht aber als Regelversorgung gedacht. In einem Projekt will die Caritas deshalb ihre Hilfsangebote auf den Prüfstand stellen.
Foto: Heitmann

„Nur als akute Nothilfe ein Segen“

Diözesan-Caritasverband kritisiert Missbrauch existenzunterstützender Dienste als Regelversorgung

Suppenküchen, Warenkörbe, Kleiderkammern – mit zahlreichen Angeboten versuchen die Caritas und andere Wohlfahrtsverbände Menschen in akuten Notlagen zu helfen. Doch für immer mehr Menschen werden sie zur Regelversorgung. „Das ist ein Eingeständnis des Staates, dass er seiner sozialen Verantwortung nicht gerecht wird“, kritisiert Christoph Eikenbusch vom Diözesan-Caritasverband Paderborn. „Die Caritas wehrt sich gegen diesen Missbrauch der Hilfsdienste.“



Die kostenlose Broschüre gibt es beim Diözesan-Caritasverband Paderborn, E-Mail: m.benteler@caritas-paderborn.de.

Der Diözesan-Caritasverband Paderborn appelliert deshalb an die örtlichen Träger dieser Dienste, ihre Hilfsangebote in einem dreijährigen Projekt auf den Prüfstand zu stellen. Dazu hat er eine Broschüre unter dem Titel „Kein Dienst wie jeder andere“ veröffentlicht. Diese will haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter von existenzunterstützenden Diensten wie Sozialkaufhäusern und Tafelläden anstoßen, ihren Dienst am Nächsten zu überdenken, weiterzuentwickeln oder auch aufzulösen.

„Existenzunterstützende Angebote sind nur als akute Nothilfe ein Segen“, erklärt Christoph Eikenbusch. Er würdigt die engagierte Arbeit der vielen Mitarbeiter als „wichtigen Dienst am Nächsten“. Doch bestehe auch die Gefahr, dass dadurch Arme und Benachteiligte an den Rand der Gesellschaft gedrängt und damit ausgegrenzt würden. „Die Caritas will und muss den Spagat schaffen, zwischen den berechtigten Leistungsansprüchen gegenüber dem Sozialstaat und der barmherzigen Nächstenliebe zu differenzieren.“

Existenzunterstützende Angebote der Caritas sollten deshalb ein deutlicheres Profil nach außen zeigen. „Konkret: Warenkörbe, Kleiderkammern oder Suppenküchen sind aufgefordert, ihren Nutzern und sich selbst deutlich zu machen, warum es sie gibt und welchen besonderen Qualitätsanspruch sie haben, vor allem auch im Umgang mit ihren Nutzern“, sagt Christoph Eikenbusch. Die neue Broschüre biete ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern deshalb Arbeitshilfen zur „Selbstvergewisserung“. ◀



50 topaktuelle Brillen samt Gläsern und individueller Anpassung hat Optiker Michael Faupel (2. v. r.), Inhaber von „Optik am Dom“, für die Aktion „Den Durchblick behalten“ der Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn gespendet. „Er hat sich so viel Zeit für uns genommen“, bedankte sich Brigitte Toppe (l.), deren Patenkind dringend eine neue Brille benötigte. Die gespendeten Brillen erreichten Menschen unterschiedlichen Alters. Einige hätten nur noch notdürf-

tig zusammengeflackte Brillengestelle gehabt, berichtet Matthias Krieg (r.), Geschäftsführer der Vinzenz-Konferenzen im Erzbistum Paderborn. „Andere waren jahrelang nicht mehr beim Optiker gewesen und trugen Brillen mit unpassender Schärfe. Einige waren sogar Jahrzehnte ohne Brille irgendwie zurechtgekommen.“ Mit der Aktion machen die Vinzenz-Konferenzen auf den ungerechten Umstand aufmerksam, dass Menschen mit geringem Einkommen meistens keinen Zuschuss der gesetzlichen Krankenkasse zu ihren Brillengläsern erhalten. Foto: Jonas

Altenheim-Zukunftspreis

Altenheim integrierte Menschen mit Behinderung

Den Altenheim-Zukunftspreis hat das Schmallenbach-Haus in Fröndenberg erhalten. Den Preis verlieh der Vincentz-Verlag für den Integrationsbetrieb „Servicezentrum Haushalt“ als „positives Beispiel der Vernetzung von Alten- und Behindertenhilfe“. Das Schmallenbach-Haus hatte sich im Frühjahr 2011 auf den Weg gemacht, Menschen mit Behinderung als Mitarbeiter in die Bereiche Wäscherei und Reinigung zu integrieren. Mit diesem innovativen Projekt stellte der etablierte Anbieter von stationären und teilstationären Altenhilfeangeboten seine Hauswirtschaft strategisch neu auf.



Vor dem Projekt wurde die Reinigung teils durch eigene Mitarbeiter, teils durch einen externen Dienstleister erbracht. Dem Trend des Outsourcings der Hauswirtschaft entgegen, entstand ein Integrationsprojekt, in dem Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam die Hauswirtschaft übernehmen. ◀

Den Altenheim-Zukunftspreis präsentieren Dorothe Braukmann, Helga Velmer, Herbert Bruckelt und Geschäftsführer Heinz Fleck (v. l.) vom Schmallenbach-Haus in Fröndenberg. Im Hintergrund arbeiten Marina Grundmann und Doris Kiesel (r.) an der Mangel.

Foto: Westfalenpost / Birgit Kalle

Caritas-Fanprojekt gestartet

In Paderborn sollen Handgreiflichkeiten aus dem Stadion verbannt werden

Offizieller Startschuss für ein Fanprojekt des Caritasverbandes Paderborn: Vor der Fankulisse im Stadion des SC Paderborn 07 gaben Vertreter von Land, Kreis, Stadt, Caritas, Landschaftsverband und SC Paderborn den offiziellen Startschuss. Das neue Fanprojekt soll helfen, wie andernorts auch Handgreiflichkeiten und rassistische Parolen aus den Stadien zu verbannen.

Träger des Projekts ist der Caritasverband Paderborn e.V. Er schickt Angelina Bracht und Philip Krüger als besondere Form der Jugend- und Sozialarbeit hinein ins Fangetümmel und zur direkten Anlaufstelle am Paderborner Stadion. Geplant ist auch, Fans zu Auswärtsspielen zu begleiten oder außerhalb der Spieltage Treffen mit Spielern oder zum Entwerfen von Bannern und Plakaten zu organisieren sowie zwischen Fangruppen zu vermitteln. Doch auch außerhalb von Stadion und Fußballrasen suchen die Sozialarbeiter künftig den Kontakt zu „Menschen, die auf der Suche sind“, erklärt Friedhelm Hake vom Caritasverband Paderborn. Angelina Bracht und Philip Krüger besuchen sie an beliebten



Treffpunkten in ihrem Umfeld. Eine weitere offene Anlaufstelle werde es vermutlich in Schloß Neuhaus geben, so Hake. „Das Fanprojekt ist somit eine Möglichkeit, auch Zugang zu Kindern und Jugendlichen zu finden, die sonst niemals zur Erziehungsberatung oder Suchtkrankenhilfe gehen würden“, betont Patrick Wilk, Vorsitzender des Caritasverbandes. Die Tatsache, dass die Fachkräfte zu den Jugendlichen in ihr Lebensumfeld gehen, mache das Projekt zu einem „Vorzeigeprojekt“, sagt Hans Meyer, Jugenddezernent vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL).

Dass Fanprojekte wie dieses zur Deeskalation beitragen können, da ist sich Bernd Neuendorf, Staatssekretär des NRW-Sport-Ministeriums, sicher: „Sie geben Hilfe, Betreuung, schaffen Treffpunkte für die Fans.“ Finanziert wird das Paderborner Projekt vom Land NRW, von dem Deutschen Fußballbund, dem Kreis und der Stadt Paderborn. ◀

Ganz nah dran an den Fans (v. l.): Hans Meyer (LWL), Bürgermeister Heinz Paus, Caritas-Vorstand Patrick Wilk, Landrat Manfred Müller, Angelina Bracht, Staatssekretär Bernd Neuendorf, Philip Krüger, Friedhelm Hake (Caritasverband Paderborn), Andreas Krummrey (Abteilungsleiter Polizei) und Martin Hornberger, Vizepräsident

SC Paderborn 07

Foto: Kreis Paderborn



Werte reflektieren

Projekt zur Überprüfung der katholischen Identität von Krankenhäusern

Die Werteausrichtung von katholischen Krankenhäusern steht im Fokus eines Projekts, das der Diözesan-Caritasverband Paderborn und das Sozialinstitut Kommende in Dortmund gestartet haben. „Wir möchten Krankenhäuser ermutigen, ihre Werteprinzipien zu reflektieren sowie Anspruch und Wirklichkeit ihrer katholischen Identität zu überprüfen“, sagt Projektleiter Dr. Thomas Günther.

An der Pilotphase nehmen vier Krankenhäuser aus dem Erzbistum Paderborn teil: das Dreifaltigkeits-Hospital in Lippstadt, das Katharinen-Hospital in Unna, das Marienkrankenhaus in Schwerte sowie das St.-Elisabeth-Krankenhaus in Dortmund-Kurl. Ab 2014 können weitere katholische Krankenhäuser sowie andere kirchliche Organisationen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich in den Prozess einsteigen.

Die Vorlage für das Projekt liefert die in den USA entwickelte „Catholic Identity Matrix“ (CIM). Diese dient kirchlichen Krankenhäusern als Werkzeug, die eigene katholische Identität systematisch zu überprüfen und gezielt weiterzuentwickeln. Urheber ist der katholische US-Krankenhausträger „Ascension Health“ in Kooperation mit dem „Veritas Institute“ der St. Tho-

Mehr Informationen unter www.german-cim.de

mas University of Minneapolis. Mit dem Projekt „German-CIM“ findet die Matrix erstmals ihre Anwendung außerhalb der USA.

Umgesetzt wird das Projekt über eine Selbsteinschätzung. Dazu nehmen Mitarbeiter aus verschiedenen Hierarchieebenen und Funktionsfeldern eine Selbstbewertung der katholisch-kirchlichen Werteausrichtung des Krankenhauses vor. Ergebnis soll eine realistische Einschätzung der gelebten oder auch nur unzureichend gelebten katholischen Identität sein. „Das Ziel ist, dass die Mitarbeiter die Identitäts- und Werteprinzipien des Krankenhauses nach innen wie nach außen – gegenüber Patienten oder Angehörigen – authentisch leben“, erklärt Dr. Thomas Günther. „Mitarbeiter sollen Wertebotschafter des Krankenhauses sein.“

Überprüft werden in der Selbstbewertung sechs Prinzipien, die für die katholische Identität eines Krankenhauses zentral sind: die Solidarität mit den Armen, die ganzheitliche Fürsorge, der Respekt vor dem menschlichen Leben, der Umgang mit den eigenen Mitarbeitern, ein verantwortlicher Umgang mit Ressourcen sowie der Kontakt zur Kirche vor Ort. „In dem Projekt geht es auch darum, wie man hohe Ideale runterbrechen und in kleinen Schritten umsetzen kann“, erklärt Dr. Thomas Günther. Denn: „Christliche Werte müssen gelebt werden, nach innen wie nach außen, sonst sind wir unglaubwürdig.“ ◀

Menschen in der Caritas

Rolf Steins hat nach mehr als 31 Jahren Vorstandstätigkeit beim Caritasverband Hamm seinen Dienst beendet. Neue Vorstandsmitglieder sind **Elmar Marx** und **Tobias Berghoff**. Berghoff war bereits seit Januar 2011 stellvertretender Geschäftsführer und übernimmt die Geschäftsführungen für die beiden Pflegegesellschaften „Ambulante Caritas-Pflegedienste“ sowie „caritas wohnen & pflegen“. Elmar Marx verantwortet die Dienste und Einrichtungen der Erziehungshilfe und Jugendhilfe sowie die Sozialen Dienste.

Der Katholische Sozialdienst (KSD) Hamm hat einen neuen Vorstand. Gewählt wurden **Mechtild Brand**, **Claudia Breer**, **Eva-Maria Franik**, **Magdalena Harling**, **Eva-Maria Treder**, **Manfred Hojenski** und **Norbert Maschke**. Die langjährig engagierten Vorstandsmitglieder **Annelise Kistella**, **Ralph Kleiböhmer** und **Josef Riepe** wurden verabschiedet.

Der Caritasverband Lünen, Selm, Werne hat seine langjährigen ehrenamtlichen Vorstände verabschiedet. Die Diözesan-Caritasdirektoren **Josef Lüttig** (Paderborn) und **Heinz-Josef Kessmann** (Münster) würdigten das Engagement von **Mechthild Unrast**, **Pfarrer Horst Feil**, **Dr. Bernhard Großerichter**, **Pfarrer Clemens Kreiss**, **Martin Reinkober**, **Pfarrer Claus Themann** und **Dieter Weidemann** (Vorsitzender).

Die Malteser im Erzbistum Paderborn haben einen neuen Jugendführungskreis. Bei der Diözesanversammlung der Malteser Jugend wurde **Oliver Götze** aus Hagen neuer Sprecher. Er löst nach Jahren des Engagements **Bernd Dreesen** aus Emscher/Ruhr ab. Stellvertreter wurde **Bastian Ruhmann** aus Lennestadt.

Ruth Reller aus Schloß Neuhaus und **Winifred Zinselmeier** aus Verne sind aus dem Vorstand der Katholischen Arbeitsgemeinschaft Müttergenesung im Erzbistum Paderborn verabschiedet worden. Die Vorsitzende **Sabine Lohmann** würdigte den Einsatz der beiden Damen: „Sie haben sich stets für die Belange von Müttern und Kindern eingesetzt.“

Seelsorgliche Begleitung

Qualifizierung von Mitarbeitern sozialer Einrichtungen gestartet

Die seelsorgliche Begleitung von Menschen in sozialen Einrichtungen wie Alten- und Pflegeheimen oder Behinderteneinrichtungen möchte der Diözesan-Caritasverband Paderborn stärken. Dazu hat jetzt der erste Weiterbildungskurs für seelsorgliche Begleiter begonnen.

Vor dem Hintergrund der pastoralen Veränderungen im Erzbistum Paderborn – sinkende Priesterzahlen und größer werdende pastorale Räume – wolle man



insbesondere Mitarbeiter aus sozialen Einrichtungen gewinnen, sich für die seelsorgliche Begleitung von Menschen vor Ort zu qualifizieren, sagt Projektleiter Ralf Nolte. „Altenheime und andere stationäre soziale Einrichtungen sind Kristallisationspunkte des Lebens und des Glaubens und damit pastorale Orte. Dem tragen wir mit dem Weiterbildungsangebot Rechnung.“ An einem ersten Weiterbildungskurs nahmen 15 Mitarbeiter caritativer Einrichtungen aus dem Erzbistum Paderborn teil. Nach Abschluss des Weiterbildungskurses können die Teilnehmer durch den Erzbischof von Paderborn zur „Seelsorglichen Begleitung“ beauftragt werden. ◀

Weitere Informationen bei Projektreferent Ralf Nolte, Tel. 0 52 51 / 2 09-3 01, E-Mail: r.nolte@caritas-paderborn.de

Eine Qualifizierung zur seelsorglichen Begleitung in stationären caritativen Einrichtungen hat der Diözesan-Caritasverband Paderborn gestartet. Eine erste Kursgruppe kam unter der Leitung von Msgr. Ullrich Auffenberg (3. v. r.) und Gabi Lüttig (l.) zusammen.

Foto: Nolte

Caritas-Telegramm

Unna. Eine Partnervereinbarung mit dem Ziel der interkulturellen Öffnung haben der Caritasverband für den Kreis Unna und das NRW-Landesministerium für Arbeit, Integration und Soziales unterzeichnet. Die Caritas in Unna habe sich in den vergangenen vier Jahren zum Vorreiter für interkulturelle Öffnung entwickelt, sagte Caritas-Vorstand Ralf Plogmann. Mit den Schulungs- und Beratungsprogrammen der Caritas haben unter anderem ambulante Pflegedienste, Kindergärten, Familienzentren und ein Krankenhaus im Kreis Unna ihre Mitarbeiter erfolgreich für einen respektvollen und fruchtbaren Umgang mit Migranten sensibilisiert.

Paderborn. Der Diözesane Ethikrat im Erzbistum Paderborn hat eine neue Besetzung. Die Geschäftsführung übernahm Dr. Cornelia Wiemeyer-Faulde. Neu in den Ethikrat berufen wurden Thomas Becker vom Caritasverband für den Kreis Soest, Dr. Werner Sosna von der Bildungsstätte Liborianum in Paderborn, Margret Backhove vom Hospiz am Bruder-Jordan-Haus in Dortmund sowie Pfarrer Matthias Bruders vom Katharinen-Hospital in Unna. Verabschiedet wurden nach fünfjähriger Tätigkeit im Ethikrat Björn Kölber vom Josefsheim in Olsberg, Hans Eickhoff vom Caritasverband Arnsberg-Sundern sowie Michael Mendelin vom Diözesan-Caritasverband.

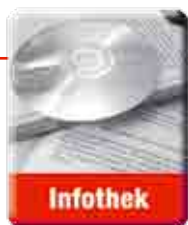
Paderborn. Der IN-VIA-Diözesanverband Paderborn für Mädchen- und Frauensozialarbeit präsentiert sich mit neuem Namen und einer Umstrukturierung. Die bisherige Geschäftsstellenleiterin Erika Vogdt übernahm zum 1. März die Aufgaben des hauptamtlichen



Sehen den IN-VIA-Diözesanverband Paderborn auf einem guten Weg in die Zukunft: die Mitglieder des IN-VIA-Rates sowie der neue hauptamtliche Vorstand Erika Vogdt (2. v. r.) Foto: IN VIA

Vorstands. Vorsitzende des IN-VIA-Rates ist Elisabeth Keuper aus Salzkotten, ihre Stellvertreterin Maria E. Römhild aus Dörenhagen. Als weitere Mitglieder gehören dem Rat an: Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig sowie Ursula Brinkmann-Polanc (Olpe), Christel Höltershinken (Dortmund), Astrid Thöne (Paderborn) und Wolfgang Schütte (Bank für Kirche und Caritas, Paderborn). Aus der Gremienarbeit ausgeschieden sind Hedwig Hüpper und Gertrud Feldpausch-Ungruhe.

Paderborn. Die Geschäftsstelle des Diözesan-Caritasverbandes stellt ihre Dienstleistungen für die verbandlichen Gliederungen auf den Prüfstand: In insgesamt 16 Potenzialforen haben bis zum Sommer Vertreter aus allen caritativen Arbeitsfeldern Gelegenheit, Lob und Kritik loszuwerden sowie Verbesserungsvorschläge einzubringen. Bei der ersten Dialogveranstaltung in Paderborn stellte sich das Referat Altenhilfe den Fragen von Vertretern katholischer Altenheime, Sozialstationen, Tagespflegen und der ehrenamtlichen katholischen Altenheimhilfe.



Dabrock, Peter:
Befähigungsgerechtigkeit.
Ein Grundkonzept
konkreter Ethik in
fundamentaltheologischer
Perspektive.
384 S., Gütersloh 2012,
39,99 Euro

Tiefsinnige Begründungen

Der Autor möchte mit dieser Untersuchung, die auf vielen Einzelaufsätzen fußt, „soziale Gerechtigkeit zentral von der Befähigung zur Teilnahmemöglichkeit an sozialer Kommunikation“ begreifen. Dabei entfaltet er im Rahmen seines Ansatzes einer konkreten Sozialethik in fundamentaltheologischer Perspektive Fragen der Rechtfertigung von Gerechtigkeit, das Konzept der Befähigungsgerechtigkeit, dessen Bewährung am Beispiel der Gerechtigkeit im Gesundheitswesen und das Verhältnis von Gerechtigkeit und Solidarität. Befähigungsgerechtigkeit wird eng mit Bildung verbunden und zielt auf „größtmögliche Eigenverantwortlichkeit“. Dabrock sucht gezielt auch die Auseinandersetzung mit philosophischen, soziologischen, gesundheitswissenschaftlichen und anderen Theorien. Teils in Abgrenzung, teils in Weiterfüh-



rung der Ideen seiner Hauptgewährsleute – es sind u. a. J. Rawls, N. Luhmann, J. Derrida, M. Sen und M. Nussbaum – entwickelt der Autor ein beachtliches Konzept, das Recht und Pflicht zur sozialen und politischen Partizipation in der jedem Menschen zuzuschreibenden geschöpflichen und versöhnungsba- sierten Würde wurzeln lässt.

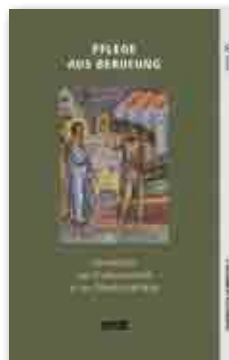
Der in der Caritas Tätige wird kaum Rat- schläge, wohl aber tief sinnige Begründun- gen für sein Tun finden. Dabei gilt es, sich oft mit recht verschachtelten, mit vielen Einschüben und Hinwei- sen ergänzten Satzstrukturen auseinanderzusetzen. Das erschwert manchmal das Lesen, sie zeigen aber, dass der Autor sich auf seinem Gebiet bestens auskennt. So bleibt die Arbeit für den Leser immer ein Gewinn.

Friedhelm Winterfaust

*Fischer, Michael; Bö-
vingloh OSF, Diethilde*
*(Hrsg.): Pflege aus Be-
rufung. Spiritualität und*
Professionalität in der
Pflegeausbildung.
198 S., Rheinbach: CMZ-
Verlag 2012, 15,00 Euro

Mehr als ein Job

Krankenpflege ist mehr als ein Job. Sie ist ein Beruf, der von Werten und Überzeugungen getragen wird – oder sollte das jedenfalls sein. Einen Blick auf die aktuelle Situation kirchlicher Einrichtungen zur Ausbildung in der Krankenpflege wirft das Buch „Pflege aus Berufung“. Erschienen ist es jetzt als zweiter Band der Reihe „Mauritzer Schriften“, die von der Franziskus-Stiftung in Münster herausgegeben wird, einer der größten konfessionellen Krankenhausträgerinnen Deutschlands. In früheren Jahren war es selbstverständlich: In kirchlichen Pflegeausbildungsstätten standen Ordens- schwestern und Diakonissen mit ihrer Lebensform für



die Verbindung zwischen Glauben, Leben und Arbeiten. Heute ist dieses Erbe zu einer zentralen Frage und Aufgabe geworden: Wie sieht diese Verbindung für angehende „weltliche“ Gesundheits- und Krankenpfle- gerinnen und -pfleger aus? Gibt es sie, und wirkt sie sich in den Schulen und im Unter- richt aus?

Beziehungen zwischen Professionalität und Spiritualität geht das Buch „Pflege aus Berufung“ nach. Es zeigt auf, dass jedem Handeln

eine innere Einstellung vorausgeht. Zudem thematisiert es „Berufung“ – ein Wort, das im christlichen Kontext den Ausgangspunkt einer persönlichen Sendung des Menschen bezeichnet.

PM

Blutsbrüder. Geschichte
von Katrin Jäger, Illustration
von Nicki Pollmeier, edition zweihorn 2013.
Zu bestellen für 95 Cent
plus Versandkosten beim
DiCV Köln (presse@
caritasnet.de), DiCV
Münster (info@caritas-
muenster.de), DiCV
Paderborn (info@caritas-
paderborn.de).

Bezaubernd

Das Caritas-Mini zur Jahreskampagne 2013 „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ ist fertig! Erzählt wird die Geschichte der



„Blutsbrüder“ Felix und Lennart und ihrer ganz unterschiedlichen Familien. Einfach, kindgerecht und anrührend.

